

**VORSICHT  
EINSTURZGEFAHR!**  
Arbeitgeber haften  
für ihre Auszubildenden



# Modularisierung der Berufsbildung

**Mehr Flexibilität  
weniger Arbeitskräfte**  
tiefe Spuren aber keine  
neuen Arbeitsplätze

**Investivlohn**  
Mogelpackung oder  
sinnvolles Instrument



**Mindestlohn statt  
Arbeitslohn**  
Bonus-für-Arbeit be-  
deutet für viele Gering-  
verdiener draufzahlen

## Inhaltsverzeichnis

- 2 Impressum**
- 3 Modularisierung in der Berufsbildung**  
das gesamte heutige Berufsbildungsprinzip wird in Frage gestellt
- 4 Investivlohn**  
Mogelpackung oder sinnvolles Instrument
- 6 Einsatz der Bundeswehr im Innern**  
bei jeder Gelegenheit wird erklärt, dass die Bundeswehr gebraucht wird
- 8 Mehr Flexibilität weniger Arbeitskräfte**  
tiefe Spuren aber keine neuen Arbeitsplätze
- 11 Mindestlohn statt Armutlohn**  
Mit dem Bonus-für-Arbeit würden viele GeringverdienerInnen draufzahlen
- 12 Droht eine neue faschistische Gefahr?**  
es ist leicht Vergleiche anzustellen
- 18 Steuergeschenke an die Konzerne sind der falsche Weg**  
der Gipfel der Ungerechtigkeit
- 19 Neuer Kapitalismus – alte Lohnarbeit**  
gewerkschaftspolitische Konferenz am 13. und 14. April in Hamburg
- 20 Die wirtschaft ist keine Unternehmerwirtschaft**  
die wirtschaft ist nicht zur Befriedigung privater Kapitalinteressen in Form maximaler Profitraten da
- 22 Modulausbildung**  
keine Sinnvolle Reform
- 23 Lesetipps**  
Downing Street No. 10  
  
die Nati – die Geschichte der Schweizer Fussball-Nationalmannschaft  
  
Farbfilter – Ada Simon in Douala

## Impressum

### Kontakt

Detlev Bohlmann  
IG Metall Hamburg  
Besenbinderhof 60 (Ebene 12)  
20097 Hamburg  
Tel.: 0 40/28 58-539  
Fax: 0 40/28 58-560  
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de

### Erscheinungsmonat

April 2007, 30. Jg.

### Redaktion

Thomas Feldmann und Gerd Labusch  
Tel.: 0 40/4 30 25 88  
Betrieb Tel.: 0 40/6 45 81-231  
Fax: 0 40/6 45 81-770

### Gestaltung

Britta Tralau, Hamburg

### Druck

Druckerei Zollenspieker Kollektiv GmbH  
21037 Hamburg

### V.i.S.d.P.

Eckard Scholz  
IG Metall

### Abo:

Wer forum zukünftig zugeschickt bekommen möchte, wende sich mit Angabe der Stückzahl und Adresse an Gerd Labusch.  
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de  
Für Mitglieder der IG Metall versenden wir forum kostenlos, für alle Anderen gegen Erstattung der Versandkosten.

# Modularisierung in der Berufsbildung

## Ein Weg in eine bessere Zukunft?

„Modularisierung“ ist zu einem Schlüsselwort in der europäischen Bildungsdebatte geworden und hat jetzt auch die Berufsbildung erreicht. Im Rahmen des Innovationskreises Ausbildung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung wurde von Prof. Euler und Prof. Severin ein Papier zur Modularisierung der Berufsbildung vorgelegt und heftig debattiert. Aufgegriffen wurde dieses Papier vom BDA, dessen Vorstellung der Modularisierung der Berufsbildung noch über dieses Papier hinausgeht.

Wurde die Modularisierung in dem Papier noch eine Möglichkeit zur Verbesserung der Chancen für Benachteiligte und den Berufseinstieg verstanden, so wurde es vom BDA als eine Chance gewertet, die gesamte Berufsbildung zu modularisieren.

### »Infragestellung des gesamten heutigen Berufsbildungsprinzips«

Natürlich immer im Interesse der/des Auszubildenden. Dass sich dahinter eine Infragestellung des gesamten heutigen Berufsbildungsprinzips in Deutschland verbirgt und es um reine wirtschaftliche Interessen geht, wurde geflissentlich verschwiegen.

Die Ausbildung soll sich einseitig an den Interessen der Betriebe ausrichten und nur noch das vermittelt werden, was der Betrieb verwerten kann. Nicht die Interessen und die Chancen für die/den AuszubildendEn stehen im Mittelpunkt, denn die/der benötigt eine breite und Grundlegende Berufsausbildung, die es ihm ermöglicht breit eingesetzt zu werden.

So werden die durchaus positiven Aspekte einer Modularisierung zu einem groben Brei zusammengemengt und daraus etwas modernes abgeleitet, was aus gewerkschaftlicher Sicht eindeutig ein Rückschritt wäre.

Modularisierung als Mittel zur

sinnvollen didaktischen Binnendifferenzierung ist etwas völlig anderes als Modularisierung zur Neugestaltung der Ausbildung.

Beim didaktischen Prinzip der Modularisierung geht es darum, Inhalte in eine sinnvolle Struktur und Sequenzierung zu bringen, die das Lernen erleichtert. Das reicht von sogenannten Wahlmöglichkeiten bis hin zum Kurssystem an den Hochschulen.

### »keine neue Erfindung sondern schon gelebte Praxis«

Alles Möglichkeiten und Strukturen, die es in der Berufsbildung in Ausbildungsordnungen z. B. bei den MediengestalterInnen für Print- und Digitalmedien und an den Berufsschulen schon lange gibt. Das ist also keine neue Erfindung sondern schon gelebte Praxis.

Was also dann soll mit der Modularisierung erreicht werden. Die Ausbildung soll in Qualifizierungseinheiten (Module) zerstückelt werden und die/der AuszubildendE soll nur noch das Erlernen, was der Betrieb als verwertbare Qualifizierung benötigt. Zwar soll der/dem Auszubildenden die Möglichkeit geboten werden, diese Module alle zu durchlaufen, doch in der späteren Realität wird nur noch das ermöglicht werden, was der Betrieb anbietet.

Fadenscheinig wird als Argument immer genannt, dass es ein Ausbildungssystem wie in Deutschland in Europa flächendeckend nicht gäbe und die Duale Ausbildung, dass heißt das Berufsprinzip habe sich überlebt. Nun ist es zwar richtig, dass die Duale Ausbildung in einer Krise steckt, da es einen dramatischen Rückgang an Ausbildungsplätzen gibt. Doch dieses Problem wird nur sehr vordergründig mit der Modularisierung gelöst werden können.

So bleibt es nicht nachzuvollziehen, dass von den Betrieben und

Verbänden der ArbeitgeberInnen einerseits eine breite und solide Ausbildung gefordert wird, die einen Blick über den Tellerrand der eigenen Ausbildung ermöglichen, die breite Fach- und Sozialkompetenzen vermitteln, einen flexiblen Arbeitseinsatz und ein lebensbegleitendes Lernen ermöglichen soll, aber andererseits den Beruf in kleine in sich abgeschlossene Happen aufteilen möchte.

Berufsbildung wird mit der Modularisierung zu einer Ware degradiert, die sich nur noch rein ökonomischen Interessen unterordnen soll, die Interessen der abhängig Beschäftigten bleiben dabei völlig außer Acht. Das eine solche Berufsbildungspolitik aus volkswirtschaftlicher Sicht ein Blanker Unsinn ist und auf längere Sicht auch ökonomisch sich nicht lohnen wird, bleibt unbeachtet. Berufsbildung wird dabei nur noch aus kurzfristigem betriebswirtschaftlichem Blickwinkel betrachtet.

### »Berufsbildung und Qualifizierung entscheiden über die Zukunft jedes Betriebes«

Eine solche Sicht können und dürfen wir aus gewerkschaftlicher Sicht in keinem Fall akzeptieren. Betriebsräte und Vertrauensleute in den Betrieben sollten nicht verkennen, dass die Berufsbildung und die Qualifizierung der jungen KollegInnen in den Betrieben über die Zukunft jedes Betriebes letztendlich entscheiden.

Es sollten sich also viel mehr als heute in diese bildungspolitische Debatte einschalten. Berufsbildung entscheidet maßgeblich auch die Zukunft unserer Gesellschaft und Wirtschaft.

Wer noch mehr über diese Diskussion erfahren möchte, kann das weitergehenden Material bei der Redaktion abfordern.

REDAKTION

# Investivlohn Mogelpackung oder sinnvolles Instrument?

Einigkeit herrscht in der Großen Koalition: ein gesetzlicher Rahmen soll geschaffen werden für den ‚Investivlohn‘, um die Beschäftigten besser am wirtschaftlichen Erfolg zu beteiligen. Der CSU-Vorsitzende Stoiber tönnte vom Alpenrand her: „Der Investivlohn kann zum wichtigsten Projekt der großen Koalition werden.“ und „Die Antwort der Union auf die Globalisierung heißt Investivlohn!“

## Was versteht man unter Investivlohn?

Investivlohn ist ein Teil des Entgeltes, der nicht bar ausgezahlt, sondern betrieblich oder überbetrieblich angelegt wird und als Vermögen oder Beitrag zur persönlichen Altersvorsorge verwendet werden soll. Das Spektrum der Beteiligungsformen ist breit:

- +Fremdkapitalbeteiligung (Mitarbeiterdarlehen)
- +Eigenkapitalbeteiligungen (Belegschaftsaktie, GmbH-Beteiligung)
- +Mischformen (Stille Beteiligung, Genussrecht)

Die aktuellen Vorschläge schränken die Anwendung des Investivlohns stark ein: beidseitige Freiwilligkeit, große Kapitalgesellschaften, fest Beschäftigte.

## Die offensichtlichen Risiken

Die IG Metall weist auf vier Risiken beim Investivlohn hin (Zitate aus IG Metall Extranet vom 14. 12. 2006):

- + „Beschäftigte tragen nicht nur das Arbeitsplatzrisiko. Im Krisenfall droht der Verlust der Unternehmens- oder Gewinnbeteiligung.“
- Die Erfahrungen der Beschäftigten mit ungeschützten Arbeitszeitkonten sowie die tagtäglichen Berichte über Insolvenzen und Massenentlassungen belegen diese Gefahr. Die BefürworterInnen diskutieren daher eine Insolvenzversicherung sowie die Möglichkeit der Mitnahmemöglichkeit beim Firmenwechsel (Portabilität). Es

ist gerade sieben Jahre her, da zerplatzten die Illusionen vieler Beschäftigter in meist neu gegründeten Firmen des „Neuen Marktes“, die Teile ihres Entgeltes in sogenannten Aktienoptionen erhielten und sich als zukünftige MillionärInnen wähnten, zusammen der Blase der New Economy; Geld und Arbeitsplätze waren weg. Schon vergessen?

+ „TeilhaberIn? Auch wirtschaftliche Verluste mittragen, obwohl sie auf die Unternehmensführung keinen Einfluss haben?“ Es ist schon makaber, dass Beschäftigte der/dem UnternehmerIn zusätzliche Investivmittel zur Verfügung stellen sollen, z. B. für Rationalisierungen, Firmenkäufe, Verlagerungen – ohne jegliche Mitsprache für die Mittelverwendung. Bezeichnend ist, dass keine der BefürworterInnen des Investivlohns in SPD und CDU/CSU an mehr Mitbestimmung denken.

+ „Geringere Arbeitseinkommen, wenn der Investivlohn zu Lasten der Tarifierhöhung geht.“ Dies ist ein entscheidender Punkt, denn wo sollte plötzlich die Kampfkraft der Gewerkschaften – und auch noch für dieses fragwürdige Ziel – herkommen, um die Anrechnung zu verhindern? Eine virtuelle Tarifierhöhung können wir als letztes gebrauchen.

+ „Geringere Tarifierhöhung heißt auch weniger Binnennachfrage, weniger Beitragseinnahmen für die Sozialkassen und schlechtere soziale Sicherheit.“ In der Folge wären Vorwände gegeben für weitere Kürzungen z. B. im Gesundheitswesen und bei der Rente.

Die Frankfurter Rundschau veröffentlichte am 3. 1. 2007 ein Beispiel aus der Praxis: Die Schreinerei Werner wurde 1998 in eine AG umgewandelt. 50 % der Aktien wurden von den 12 Beschäftigten (12.500 Euro pro Person) übernommen. „Wir wollten die Mitarbeiter ins Boot holen und in die Pflicht nehmen.“ sagte Toni

Werner, der 20 % der Aktien hält. Das Unternehmen konnte zwar den Umsatz seit 1998 verdoppeln. Doch Gewinn fiel dabei kaum ab, jedenfalls wurde bislang keine Dividende gezahlt. Der Wert der – nicht an der Börse notierten – Aktie lag zuletzt bei 23 Euro und damit weit unter dem Ausgabe-kurs von 50 Mark. Bei der Werner AG wird zwar über Tarif bezahlt, aber die angestellten MitunternehmerInnen arbeiten nicht 40, sondern oft 50 Wochenstunden und mehr.

## Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand?

Warum entdecken SPD/CDU/CSU gerade jetzt ihr Herz für den Ladenhüter „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“, der seit den sechziger Jahren immer mal wieder hergezeigt wurde, und dann immer wieder im hintersten Lager verstaubte?

Das liegt offenkundig an der Entwicklung der Verteilung der Vermögen durch neoliberale Politik. Dazu Bundespräsident Köhler: „Ich halte die Zeit für gekommen, die Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer oder ihre Beteiligung am Produktivvermögen wieder auf den Tisch zu bringen, da alle angesichts des weltweiten Wettbewerbes im selben Boot sitzen. [...] Das kann helfen, der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich entgegenzuwirken.“

Wie sind die Fakten in Deutschland (nach ISW „Armut und Reichtum in Deutschland“, September 2006):

- +5 % der Bevölkerung besitzen 32 % des privaten Immobilienbesitzes.
- +1 % besitzt ca. 60 % des privaten Geldvermögens
- +6,2 % verfügen über das gesamte Betriebsvermögen (privates Produktivvermögen)
- +Die 36 reichsten HamburgerInnen kommen auf 43,2 Milliarden Euro Vermögen
- +Die Reallöhne wurden um 2,9 %

gedrückt (2005 zu 2000), die realen Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen im selben Zeitraum um 33,3%. Die Lohnquote (Anteil ArbN-Entgelte am Volkseinkommen) sank von 72,2% auf das historische Tief von 67% +11 Millionen Menschen in Deutschland sind arm, davon 200 000 in Hamburg +5,1 Millionen Menschen leben von Hartz IV (ALG II) +Jedes sechste Kind ist arm (Verdoppelung seit 2004) +2003 gab es die letzte Rentenerhöhung, seitdem regieren Rentenkürzungen durch zusätzliche Beitragslasten und Inflation.

Durch die Steuergesetze der letzten Regierungen unter Kohl und Schröder ergab sich eine dramatische Verschiebung der Steuerlast. Der Anteil der Steuern am Gewinn sank insgesamt von 34,7% auf 15,1%, die Steuern auf Arbeit und Verbrauch stiegen von 37,5% auf 76,5% (1960 zu 2004). Die große Koalition hat sich trotz dieser Fakten die Fortsetzung der „staatlichen Reichtumpflege“ sowie staatlichen Selbstbankrottierung zum Programm gemacht. Die größte Steuererhöhung aller BRD-Zeiten haben wir mit der Anhebung der Mehrwert- und Versicherungssteuer um 3% gerade erlitten, die Kappung der Pendlerpauschale und des Sparerfreibetrages, Senkung der Altersgrenze bei Kindergeld und Kinderfreibetrag usw. kommen 2007 zur Geltung. Ein Drittel der zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen wird in unverblümter Umverteilung direkt an die UnternehmerInnen weitergereicht in Form der Senkung des Arbeitgeberanteils bei den Lohnnebenkosten (Differenz aus Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung und Erhöhung der Rentenversicherung). Dem Kapital winkt darüber hinaus ein Steuergeschenk von 10 bis 15 Milliarden Euro. In der Unternehmenssteuerreform sollen ab 2008 die nominalen Steuersätze für Kapitalgesellschaften unter 30% gesenkt werden.

Rente mit 67 bedeutet im praktischen Leben nichts anderes als Rentenkürzung um 7,2%, da es zum einen kaum jemand gesundheitlich bis 67 schafft und zum anderen kaum Arbeitsplätze bis 67 zur Verfügung gestellt werden.

Angesichts dieser Umverteilung der von den ArbeiterInnen und Angestellten geschaffenen Werte von unten nach oben machen sich die dafür Verantwortlichen nun Sorgen, wie man das öffentlich „verkaufen“ soll. Genau dazu dient die Nebelbombe „Investivlohn“! Es soll suggeriert werden, die Regierungspläne seien nicht so schlimm, durch Investivlohn würde mehr Vermögensgerechtigkeit geschaffen und gegen die Altersarmut sei auch gesorgt.

Dazu die FAZ am 21.5.2005: „Die Entkopplung der Entwicklung von Konjunktur und Arbeitsmarkt ist auf Dauer Sprengstoff – für den Erfolg der Regierung, aber auch für die Akzeptanz des Wirtschaftssystems und die Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Die Überzeugung, dass Unternehmen und Bevölkerung [...] letztlich in einem Boot sitzen, erodiert zur Zeit.“

In völlig absurde Begründungen für Investivlohn verstieg sich Hessens Ministerpräsident Koch (CDU) am 2.12.2006, der die Einführung des Investivlohns als „patriotische Aufgabe“ bezeichnete: „Wir müssen deutsche Firmen mit heimischem Eigenkapital versorgen, da das Geld sonst aus dem Ausland kommt [...] Es gibt zur Zeit zu wenig Geld, das loyal zu unserem Land steht und sich auch an Fragen wie der Sicherung von Arbeitsplätzen orientiert.“ Auch dies kann nur als Nebelbombe gewertet werden. Prompt erklärte Gesamtmetall, man sähe keine Möglichkeit für zusätzliche Lohnerhöhungen im Rahmen einer MitarbeiterInnenbeteiligung an Unternehmen und die Unternehmen müssten dafür sorgen, dass sie wettbewerbsfähig bleiben – egal woher ihr Kapital komme. (3.12.2006)

## Realloohnerhöhung statt Vermögenseinbildung

Bei der Verabschiedung des entsprechenden Antrages auf dem CDU-Parteitag im November 2006 wurde unter dem neuen Begriff „Soziale Kapitalpartnerschaft“ betont, es ginge beim Investivlohn um mehr Motivation, mehr Produktivität, Arbeitsleistung und mehr Identifikation. Und damit Partnerschaft (ohne Mitbestimmung) nicht falsch verstanden wird, hieß es im Antrag: „Gesellschaftliche Beteiligungen sind als voll haftendes Eigenkapital Risikokapital; es entspräche nicht ihrem Charakter, sie abzusichern [...] Gewinn- und Kapitalbeteiligung vermag einen fairen Anteil der ArbeitnehmerInnen am wirtschaftlichen Erfolg auch dann sicherzustellen, wenn sie um der Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungssicherung willen zu Zugeständnissen in der Nominallohnpolitik bereit sind.“

Am 11.12.2006 erklärte der niedersächsische Ministerpräsident Wulff (CDU): „Eine stärkere Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenserfolg kann den klassischen Gegensatz von Arbeit und Kapital überwinden. [...] Unternehmen können statt alljährlicher Lohnerhöhungen verstärkt Aktien zu günstigen Konditionen ausgeben.“

Hier werden die Gründe für die Investivlohn-Kampagne sehr deutlich. Aufgrund der glänzenden UnternehmerInnen-Gewinne und der Notwendigkeit, die Binnenkonjunktur zu stärken, ist die Durchsetzung von Realloohnerhöhungen in den Tarifrunden erforderlich. Niemand sollte sich den Blick vernebeln lassen durch vermeintliche, eventuelle, unkalkulierbare Beteiligungen. Außerdem ist es dringend erforderlich, Mindestlöhne einzuführen.

---

WOLFGANG ERDMANN  
KBR-Vorsitzender Jungheinrich AG



# Einsatz der Bundeswehr im Innern?

Manchmal ist es schwer, keine Satire zu schreiben. Es geht ja nicht nur um die Fußballweltmeisterschaft, bei der die Gefahren für die innere Sicherheit so hoch geredet werden, dass man sich fast in einen Hochsicherheitstrakt wünscht und sich jedEr AngeberIn, die/der etwas auf sich hält und endlich mal in die Medien kommen will, versucht fühlen muss diese Chance zur Provokation zu nutzen. Und dann sieht man im Fernsehen diese klugen Soldaten in der ständig kreisenden luftbetankten AWACS-Maschine vor ihren Bildschirmen sitzen oder diese hochmotivierten Piloten des Jagdgeschwaders Richthofen zu ihren Tornados zum Blitzstart rennen. Und dann wird der Kommentar des TV-Reporters über das, was sie dann tun sollen, etwas unbestimmter. Dann wird der Mantel militärischer Nächstenliebe ausgebreitet.

**»bei jeder Gelegenheit wird erklärt, dass die Bundeswehr gebraucht wird und dass wir gebraucht werden, ein schönes Gefühl«**

Nicht nur jetzt, sondern seit geraumer Zeit wird der/dem BürgerIn bei jeder Gelegenheit erklärt, dass die Bundeswehr ein neues Einsatzspektrum benötigt, dass sie Deutschland am Hindukusch verteidigt (allerdings nicht gegen Heroin, das dort reichhaltig gewonnen und dann nach Europa transportiert wird), dass sie im Indischen Ozean auf hoher See wegen ‚enduring freedom‘ TerroristInnen jagt (auch die dort häufigeren Seeräuber?), dass sie in Bosnien wegen der religiösen und ethnischen Unduldsamkeiten der undankbaren BewohnerInnen leider noch bleiben muss und in Kinshasa Wahlen schützt, mit anderen Worten, dass sie gebraucht wird und dass wir gebraucht werden, ein schönes Gefühl.

‚Einsatz der Bundeswehr im Innern‘ – ein schönes Wort. Das klingt so klinisch sauber, sozusa-

gen aseptisch. Warum sollte sie – wird rhetorisch gefragt – ausgerechnet bei uns nicht das tun dürfen, was sie in Bosnien, Serbien, oder sonst wo tun soll, nämlich im jeweiligen Inland zu schützen, wen und was auch immer? Schließlich ist doch überall Inland, auch im Ausland!

**»haben nicht auch andere demokratische Länder eine Art Inlandsheer? Das stimmt und wir haben den Bundesgrenzschutz«**

Die Antwort ist einfach: Eben weil wir nicht in Bosnien, Serbien oder sonst wo leben, sondern in der Bundesrepublik, in einem Staat mit durchaus und demokratisch geregelten Verhältnissen, in dem kein Bürgerkrieg tobt oder droht und in dem die Probleme der Kriminalität von der Polizei bewältigt werden.

Aber haben nicht auch andere demokratische Länder eine Art Inlandsheer, das wir früher Landsturm II nannten, wie etwa die Nationalgarde oder die Carabinieri – um nur zwei bekannte Beispiele zu nennen? Das stimmt und wir haben auch so etwas. Wir haben den Bundesgrenzschutz – jetzt Bundespolizei genannt – mit der immer noch legendären GSG9, die Einsatzhundertschaften und Bereitschaftspolizeien der Länder und die SEK's, die zur Bekämpfung von Gewaltkriminalität besonders ausgebildeten und ausgerüsteten Sondereinsatzkommandos der Polizei mit beachtlicher Einsatzstärke. Wir haben sie immer noch und sie haben sich keineswegs nach dem Ende der RAF und des Kalten Krieges in Luft aufgelöst, auch wenn man wenig von ihnen hört.

Niemand hat bisher Einsätze der Bundeswehr im Inland vermisst. Wer durch südamerikanische Städte geht und die dort üblichen Militärstreifen mit ihren Maschinenpistolen oder uniformierte Kräfte mit großkalibrigen Revolvern im Holster am Eingang von Banken, guten Hotels und Ein-

kaufszentren stehen sieht, den beschleicht nicht gerade das Gefühl größerer Sicherheit.

Wir haben eine Wehrpflichtarmee. Ob und wann wir die/den BürgerIn in Uniform gegen die/den BürgerIn in Zivil, unter Umständen gegen die eigenen Landsleute einsetzen wollen, das war bei Einführung der Wehrverfassung eine heikle und die Öffentlichkeit aufwühlende Frage. Dabei geht es nicht nur darum, den Ländern notwendige Hilfskräfte bei Flutgefahren, Waldbränden oder Eisenbahnunglücken zur Verfügung zu stellen. Sie brauchen diese und dem steht nichts im Wege. Aber wir wollen nicht, dass sich die Länder zur Sanierung ihrer Haushalte ersparen können, ausreichende Polizeikräfte auszubilden und auszurüsten um dann an ihrer Stelle Wehrpflichtige oder kriegsmäßig ausgebildete BerufssoldatInnen als ungelernete HilfspolizistInnen einsetzen zu müssen. Dann könnte man obendrein alle langjährigen und erfolgreichen Bemühungen um die Deeskalierung innerer Auseinandersetzungen vergessen. Und wir wollen auch nicht, dass eine Bundesregierung sich kurzerhand auf Notstand beruft und die Bundeswehr zur Lösung politischer Probleme in Bewegung setzt. Das ist keine blasse Theorie, sondern wurde durchaus überlegt, z. B. bei Wackersdorf und bei Autobahnblockaden.

**» man nannte das damals nicht ‚Einsatz der Bundeswehr im Innern‘, sondern ‚Ausrufung des Belagerungszustandes‘«**

Der Verfassungsgeber hatte reichhaltige Vorbilder und Erfahrungen. Man nannte das damals nicht geschönt ‚Einsatz der Bundeswehr im Innern‘, sondern in schlichter Sprache: ‚Ausrufung des Belagerungszustandes‘. Das bedeutete nach der Preußischen Verfassung von 1851 die Übertragung der Exekutive auf die Militärbefehlshaber. Nach der Verfassung von 1871 konnte der Kaiser für alle

Landesteile des Reiches – natürlich ausgenommen für Bayern – den Kriegszustand erklären. Auch der Weimarer Reichspräsident konnte zur Wiederherstellung von ‚Sicherheit und Ordnung‘ mit bewaffneter Macht einschreiten und bürgerliche Rechte reihenweise aufheben.

**»Die Bundeswehr ist zur Verteidigung da, das sollte reichen«**

Das Grundgesetz setzt dem klare Grenzen. Die Bundeswehr darf nur dann eingesetzt werden, wenn es die Verfassung ausdrücklich vorsieht, nicht vielleicht, nicht durch Auslegungskünste der MinisterInnen, sondern ausdrücklich, mit klaren, eindeutigen Worten, das heißt also mit Wissen und Wollen der Rechtsgemeinschaft. Sie kann auf Wunsch der Länder bei schweren Unglücksfällen oder Naturkatastrophen helfen und dabei allenfalls das örtliche Polizeirecht anwenden. Die Bundesregierung kann sie einsetzen bei bürgerkriegsähnlichen Kämpfen, wenn die Polizeien der Länder nicht ausreichen oder nicht tätig werden wollen. Die Bundeswehr ist zur Verteidigung da. Sie wird bei militärischen Angriffen auf das Bundesgebiet und bei internationalen Einsätzen im Rahmen der NATO und auf der Grundlage der Satzung der Vereinten Nationen eingesetzt. Das sollte reichen.

**Es gibt aber Viele, die sich damit nicht zufrieden geben**

Da ist jener Soldat, der beim ersten internationalen Einsatz der Bundeswehr als erster in Somalia aus dem Flugzeug kletterte mit den Worten: „Zurück in der Familie.“ Eine merkwürdige Familie muss er haben. Es ging ihm wohl darum, deutlich zu machen, dass man endlich als richtiger vollwertiger Soldat diesen ganzen elenden historischen Ballast abwerfen können muss, diese lästige Erinnerungskeule an Krieg und Verbrechen, dass man doch wohl mal wieder frisch anfangen kann. Wo

die Fahne weht, ist der Verstand in der Trompete.

Da sind aber auch die etwas kühler kalkulierenden Herren innerhalb und außerhalb der Bundeswehr, die sich nach neuen Aufgaben umsehen, da wir doch von Freunden geradezu umzingelt sind und eine militärische Bedrohung unseres Landes jetzt und in absehbarer Zukunft, soweit irgend erkennbar, ausscheidet. Das kann neben der Freude über den Frieden auch unangenehme Konsequenzen haben. Der zahlenmäßige Umfang, der Aufbau und die Kosten der Armee und die allgemeine Wehrpflicht geraten in immer stärkere öffentliche Zweifel. Womit erwerben wir mehr Sicherheit, mit immer teureren Waffen oder mit größeren Aufwendungen für die politische, soziale und kulturelle Sicherheit bestimmter Problemländer in unserer Region?

Und da sind schließlich PolitikerInnen, die aufgeschreckt von den Attentaten des 11. September 2001 und dem Sperrholzflieger in Frankfurt die amerikanische Redewendung vom ‚war on terrorism‘ wörtlich nehmen und dasitzen wie die Regisseure, die ‚action‘ rufen, Handlungsfähigkeit und Tatkraft darstellen wollen, die vom ‚Krieg im Inland‘ faseln und damit die Katze aus dem Sack lassen: Dass es nicht nur darum geht, ob die Bundeswehr im Inland für die örtliche Polizei zu deren Entlastung Hand- und Spanndienste in Form von Objektschutz leisten soll, sondern darum, die Bundeswehr im Inland von den Grundsätzen des Polizeirechts zu lösen.

**» wo gehobelt wird, da fallen eben Späne, da darf man nicht kleinlich sein«**

Sie sollen unter Missachtung grundlegender Werte unserer Verfassung und unter erklärter Missachtung eines ausdrücklichen Urteils des Bundesverfassungsgerichts ein Passagierflugzeug mitsamt den unschuldigen entführten Insassen abschießen können, ohne wegen

Mordes oder Totschlags vor Gericht gestellt zu werden. Sie sollen wie im Krieg unter Hinnahme von Kollateralschäden töten dürfen. Wo gehobelt wird, da fallen eben Späne, da darf man nicht kleinlich sein.

Ein Terrorangriff, heißt die simple Forderung, ist ein Verteidigungsfall. Heilige Einfalt, man sieht den Tornado-Piloten förmlich, der das entführte Flugzeug anfliegt und den Täter über Bordfunk fragt: Sind Sie ein Terrorist? Nein, wird der antworten, ich bin nur ein Verrückter. Tja, dann ist es wohl kein ‚war on terrorism‘ und der Verteidigungsminister kann nicht ‚action‘ rufen, was er im Verteidigungsfall übrigens ohnehin nicht könnte, weil dann die Kanzlerin zum IBUK wird, zur Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt.

**»Innere Sicherheit hat auch etwas mit dem inneren Frieden einer Gesellschaft zu tun«**

Angst essen Seele auf. Wir sollten aufhören, unsere Verfassung weiter zu demolieren. Innere Sicherheit hat auch etwas mit dem inneren Frieden einer Gesellschaft zu tun. Und der ist nicht zu bekommen, wenn man sich in einem dauernden Kriegszustand befindet.

Einsatz der Bundeswehr im Inland? Ja, natürlich. Die nächste Flut kommt bestimmt.

---

BURKHARD HIRSCH

Rechtsanwalt,

Bundestagsvizepräsident a. D.

Dieser Beitrag erschien in:  
Wissenschaft & Frieden 3/2006,  
Seite 5 bis 6 (Gastkommentar)

Die Zeitschrift Wissenschaft & Frieden erscheint vier Mal im Jahr und ist zu beziehen bei:

BdWi-Verlag  
Gisselberger Str. 7  
35037 Marburg  
Tel. 06421/21395  
e-mail: verlag@bdwi.de

# Mehr Flexibilität weniger Arbeitsplätze

Wir hören es immer wieder: „... Dabei spielen die Lohnzusatzkosten eine große Rolle, natürlich auch die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Ich glaube, mit den 400-Euro-Beschäftigungsverhältnissen haben wir auch einen Beitrag dazu geleistet, dass

viele Flexibilitäten in Ihren Bereichen einfacher zu bewerkstelligen sind.“ So Angela Merkel in ihrer Rede anlässlich des 10. Tourismusgipfels in Berlin am 6. November 2006. - Aber stimmt das denn auch und auf wessen Kosten geschieht das? In dem In-

formationsdienst der Hans-Böckler-Stiftung, Böckler Impuls, ist in der Ausgabe 02/2007 der nachfolgende Artikel erschienen. Er beleuchtet die Wahrheit hinter den Allgemeinplätzen der Kanzlerin.

Zwei Jahrzehnte Deregulierungspolitik haben tiefe Spuren hinterlassen - aber nicht die erhofften Arbeitsplätze gebracht. Der Arbeitsmarkt funktioniert offensichtlich nicht so, wie es die Deregulierungshypothese unterstellt.

Der deutsche Arbeitsmarkt ist flexibler geworden - fast alle Stellgrößen wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten gelockert. Die erhofften neuen Jobs hat die Flexibilisierung jedoch nicht gebracht, so Hartmut Seifert, Leiter des WSI, in einer Überblicksstu-

die. Zu mehr Beschäftigung führte erst die anziehende Binnennachfrage 2006. Statt zusätzlicher Arbeitsplätze schuf die Deregulierung vielmehr neue Probleme - mehr Niedriglöhne, prekäre Arbeitsverhältnisse und eine Erosion der sozialen Sicherungssysteme. Seiferts Fazit: Der Arbeitsmarkt funktioniert offensichtlich nicht so, wie es die VertreterInnen der Deregulierungshypothese annehmen.

Die Welle der Deregulierung begann 1985 mit einer Lockerung

der befristeten Jobs, und sie hält bis heute an (siehe auch Infografik):

+Die Arbeitszeit ist mit dem Arbeitszeitgesetz von 1994 weitgehend liberalisiert worden. Es kann seitdem bis zu 60 Stunden in der Woche gearbeitet und rund um die Uhr produziert werden. Das hat die Kapitalkosten gesenkt. In drei von vier Betrieben gibt es Arbeitszeitkonten, sodass je nach betrieblichem Bedarf flexibel gearbeitet werden kann. Überstundenzuschläge fallen weg. Es vollzog sich, so Seifert, ein „Modellwechsel von der mehr oder minder starren Normalarbeitszeit hin zu einer variabel verteilten Regelarbeitszeit“.

+Die Reichweite der Tarifverträge nimmt ab. Immer weniger Beschäftigte (West 59%, Ost 42%) arbeiten auf dem Boden von Flächentarifverträgen. Der schrumpfende Bereich tarifgebundener Betriebe gerät unter den Druck der tariffreien Konkurrenz. Die Verträge werden zudem durch Öffnungsklauseln zunehmend porös. Betriebliche Bündnisse schaffen weitere Formen interner und externer Flexibilisierung.

+Die Lohnersatz-Leistungen für Arbeitslose sind im Zuge der Hartz-Gesetze so herabgesetzt worden, dass auch schlecht bezahlte Jobs

## Flexibilisierung auf allen Ebenen

Betriebe passen sich an Nachfrage an:

	interne Flexibilität	externe Flexibilität
Dauer der Zeitkonten	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Zeitkonten</li> <li>+ Beschäftigungssichernde Arbeitszeitenänderungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Entlassungen und Einstellungen (Kündigungsschutz)</li> <li>+ Leiharbeit</li> <li>+ Befristete Beschäftigung</li> </ul>
Organisation	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Weiterbildung</li> <li>+ Arbeitsabläufe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Transfergesellschaften</li> </ul>
Entlohnung	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Tarifliche Öffnungsklauseln</li> <li>+ Betriebliche Bündnisse</li> <li>+ Geringfügige Entlohnung/Minijobs</li> <li>+ Leistungsbezogene Entgelte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Lohnkostenzuschüsse bzw. -subventionen</li> </ul>



attraktiv erscheinen sollen. Der Qualifikationsschutz bei der Definition zumutbarer Arbeit wurde 2005 völlig aufgegeben.

+Der Geltungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes ist 2004 eingeschränkt worden. Es gilt nur noch in Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten.

+Die Möglichkeiten atypischer Beschäftigung wurden erweitert. So dürfen befristete Verträge ohne Sachgrund für bis zu zwei Jahre abgeschlossen werden, in neuen Unternehmen sogar für bis zu vier Jahre. Weitere Formen wurden stark forciert: die Minijobs und die Leiharbeit ohne Grenze der Überlassungsdauer.

+Erst die Binnennachfrage brachte neue Jobs. Angesichts der stattlichen Summe der Deregulierungsbemühungen sei fraglich, so Seifert, warum die prognostizierte Beschäftigungsreaktion ausgeblieben ist und die Arbeitslosenquote bis etwa Ende 2005 weiter anstieg. Seine Folgerung: Zwischen dem Regelwerk für den Arbeitsmarkt und der Beschäftigungsentwicklung besteht kein eindeutiger Zusammenhang. Anders als von der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie unterstellt seien Regelungen zum Schutz von ArbeitnehmerInnen „nicht als Hindernis für mehr Beschäftigung anzusehen“. Aktuelle Studien der OECD belegen diese These. Während in Deutschland die Flexibilisierung keine neuen Jobs brachte, erlebten andere Länder ganz unterschiedliche Entwicklungen. So sank in Spanien die Arbeitslosigkeit von 18,4% 1994 auf nur noch 9,2% 2005, ohne dass der stark regulierte Arbeitsmarkt merklich reformiert wurde. Die OECD schließt aus solchen Fällen: Verschiedene beschäftigungspolitische Konzepte können zu einer günstigen Beschäftigungssituation führen. Nicht

nur angelsächsische Volkswirtschaften haben eine geringe Arbeitslosigkeit, auch skandinavische Staaten mit zentralisierten Tarifverhandlungen, hohen Steuersätzen und strikten Regeln verbuchen beschäftigungspolitische Erfolge – noch dazu ohne soziale Nebenwirkungen.

In Deutschland hat die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zwar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf dem Weltmarkt so verbessert, dass sie einen Exportrekord nach dem anderen erzielen konnten. Lange Zeit hat dennoch das Wirtschaftswachstum die Schwelle nicht überschritten, ab der neue Jobs entstehen. Erst 2006 hat eine gestiegene Binnennachfrage wieder den Arbeitsmarkt in Bewegung gebracht. Auch das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) erklärt den aktuellen Aufwärtstrend der Konjunktur in seiner Herbstprognose mit der stärkeren Güternachfrage. Der Aufschwung könne nicht den Arbeitsmarkt-Reformen zugesprochen werden, so das IMK. Wären diese der Hauptgrund für die wirtschaftliche Erholung, hätte zunächst die Beschäftigung zunehmen müssen, dann erst die Produktion. Das war jedoch nicht der Fall. +Niedriglöhne und zu wenig Weiterbildung. Weitaus deutlicher als die Effekte auf die Beschäftigung sind die negativen Folgen der Deregulierung für die soziale Sicherung und das Einkommen der Beschäftigten – und auch für das Humankapital der Gesamtwirtschaft, so Seifert.

Die Flexibilisierung hat dazu bei-

getragen, die Lohnentwicklung zu dämpfen und die Lohnstruktur zu spreizen. Die Tarifparteien schöpfen ohnehin den verteilungsneutralen Spielraum nicht aus: Deutschland verzeichnete von 2000 bis 2005 den geringsten Lohnanstieg aller EU-Länder, im vergangenen Jahrzehnt war es neben Österreich das ‚lohnpolitische Schlusslicht‘. Noch weiter bleiben jedoch die Effektivlöhne zurück. Geringfügige Beschäftigung, unterschrittene Tarife und verkürzte Arbeitszeit sowie der Wegfall übertariflicher Zahlungen und Überstundenzuschläge – all dies drückt das Lohnniveau und forciert die negative Lohndrift.

Gerade die unteren Löhne sind stark differenziert worden. Bei der Lohnspreizung nach unten übertrifft Deutschland den EU-Durchschnitt deutlich und hat selbst Großbritannien hinter sich gelassen. Der Anteil der Niedriglöhner wächst – unter den Vollzeitbeschäftigten von 15,9% in 1997 auf 18,6% 2004. Bezieht man die Teilzeitkräfte mit ein, bekommen etwa 21% aller Beschäftigten nur einen Niedriglohn. Auch das ist eine Folge der Deregulierung: Die Stundenlöhne von befristet Beschäftigten, von LeiharbeiterInnen und MinijobberInnen liegen häufiger unter der Niedriglohnschwelle von zwei Dritteln des mittleren Arbeitsentgeltes.

Die Deregulierung spaltet die Belegschaften. Zwischen den atypisch Beschäftigten und jenen in Normalarbeitsverhältnissen verläuft eine markante Trennlinie, so Seifert. Die Beschäftigten außerhalb der Kernbelegschaft haben weniger soziale Sicherheit und ein kleineres Einkommen, außerdem sind sie bei der betrieblich-beruflichen Weiterbildung und Karrierechan-

Fortsetzung von Seite 9

cen benachteiligt. Seit 1997 gehen die Weiterbildungsaktivitäten in den Betrieben zurück, beobachtet der Leiter des WSI. Das führt er „zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse“ zurück. Die Qualifizierungslücke vergrößere sich zusätzlich, weil im Zuge der Hartz-Gesetze auch die öffentliche Weiterbildungsförderung drastisch reduziert wurde. Es schade der gesamten Wirtschaft langfristig, wenn ein großer Teil der Beschäftigten von der betrieblichen Weiterbildung ausgeschlossen bleibt. Seifert warnt vor einer dauerhaften „Unterinvestition in Humankapital“.

Ein flexibler Arbeitsmarkt kann besser den Strukturwandel bewäl-

tigen und auf externe Schocks reagieren. Aber Deregulierung allein ersetzt noch keine umfassende Beschäftigungspolitik, erklärt der Wissenschaftler.

Es gelte, betrieblichen Flexibilisierungsbedarf zu berücksichtigen, ohne die Sicherungsbedürfnisse der Beschäftigten zu vernachlässigen. Darum sollten Arbeitsmarkt und Sozialpolitik bei Reformen enger abgestimmt werden, wie es das Konzept der Flexicurity vorsieht. Beschäftigungspolitisch erfolgreiche Länder wie Dänemark und die Niederlande zeigen, wie das aussehen kann: Sie verbessern die Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung und räumen interner Flexibilität Vorrang vor externer ein.

Quellen:

Mehr Details findet ihr in diesen beiden Publikationen:

Hartmut Seifert:

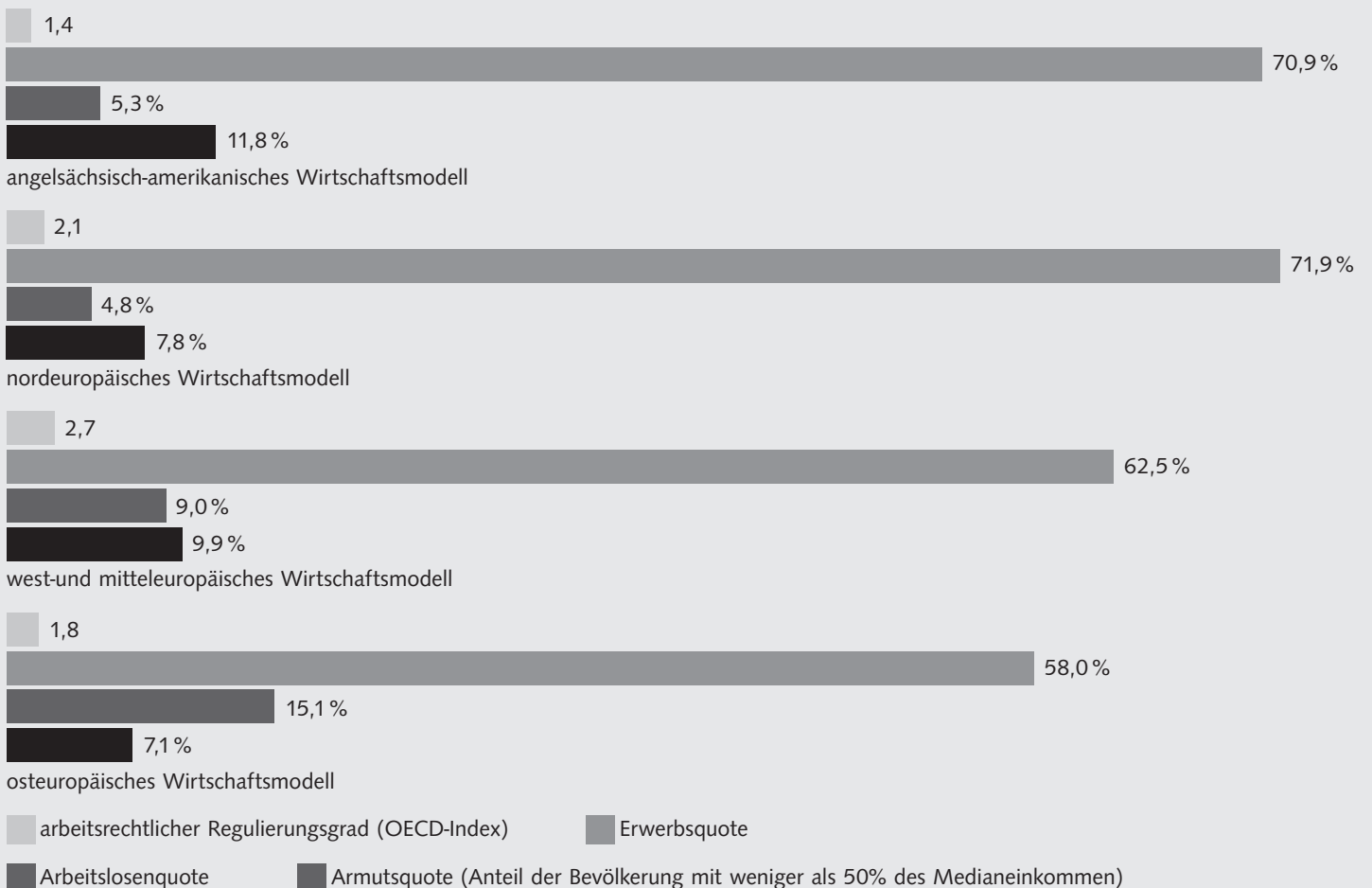
Was hat die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gebracht?

WSI-Mitteilungen 11/2006

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung:

Der Aufschwung – schon vorbei?, IMK Report Nr. 14 Oktober 2006

Arbeitnehmerschutz und mehr Beschäftigung – kein Widerspruch



Quelle: Keller/Seifert 2006

# Mindestlohn statt Armutslohn

Mit dem jüngsten Vorschlag der SozialdemokratInnen eines ‚Bonus-für-Arbeit‘ würden viele GeringverdienerInnen noch draufzahlen. Die SPD will niedrig bezahlte Jobs bezuschussen und so arbeitslosen Geringqualifizierten helfen. Doch an den Realitäten geht das Konzept meilenweit vorbei. Den Niedriglohnbereich muss man nicht fördern, den gibt es bereits. Sieben Millionen Menschen arbeiten für Niedriglöhne, viele für Hungerlöhne. Eine Studie des IAT belegt: Entgegen verbreiteter Annahme hilft die Bereitschaft zum Lohnverzicht den Geringqualifizierten kaum.

Zwei Drittel der Niedriglohnbeschäftigten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, zehn Prozent sogar einen akademischen Abschluss. Arbeitslosigkeit und Hartz IV zwingen auch gut Qualifizierte, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Damit werden gering Qualifizierte aus den Stellen verdrängt, für die sie geeignet wären. Mit dem Arbeitslosengeld II (ALG II) besteht bereits heute ein Kombilohnsystem. Etwa drei Millionen Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, haben Anspruch auf zusätzliche Leistungen des ALG II. Schätzungsweise eine bis zwei Millionen Menschen machen davon Gebrauch, darunter mindestens 400 000 Vollzeitbeschäftigte.

## Stundenlohn gedrückt

Immer mehr UnternehmerInnen nutzen die Lage aus, um noch niedrigere Löhne durchzusetzen. Sie sagen dem Beschäftigten: Statt 5,30 Euro pro Stunde in Zukunft nur noch 4,90 Euro. Die Differenz können Sie sich ja weitgehend über das ALG holen, 100 Euro weniger Lohn bedeuten nur einen

Verlust von 20 Euro verfügbares Einkommen. Die ‚Gegenleistung‘ ist der Verzicht auf Kündigungen. Damit werden Konkurrenzbetriebe, die ihre Beschäftigten noch anständig bezahlen, unter Druck gesetzt. Auch dort heißt es dann schnell: Löhne runter oder Entlassungen.

## »immer neue Forderungen, die Leistungen und die Hinzuverdienstgrenzen weiter zu senken«

Der ALG II/Kombilohn führt also zur Ausweitung von Armutslöhnen und geringfügiger Beschäftigung. Deshalb können immer mehr Menschen von ihren Löhnen nicht mehr leben. Dadurch wachsen die ALG-II-Ausgaben, die eigentlich durch den Zwang zum Hinzuverdienst gesenkt werden sollten. Dies führt wiederum zu immer neuen Forderungen, die Leistungen und die Hinzuverdienstgrenzen weiter zu senken.

Mit dem SPD-Vorschlag, das auf dem Modell von Professor Bofinger und Dr. Walwei beruht, würde alles noch schlimmer. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit einem Einkommen von höchstens 1300 Euro sollen einen Zuschuss in Höhe des Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung erhalten, maximal 160 Euro. Den vollen Zuschuss bekommt, wer mindestens 30 Stunden pro Woche arbeitet, bei 15 bis 30 Stunden gibt es die Hälfte, darunter gar nichts. Ab einem Einkommen von 750 Euro wird die Hilfe abgeschmolzen.

## »Musterrechnungen zeigen, dass für viele Working-Poor das Modell Verschlechterungen brächte«

Damit wäre bei Beschäftigten bis zur 750-Euro-Grenze Brutto- und Nettoeinkommen identisch. Zugleich soll ein gesetzlicher Mindestlohn von nur 4,50 Euro eingeführt werden. Im Gegenzug will Bofinger den ALG-II-Zuschlag, der für zwei Jahre als Übergangs-

geld nach Auslaufen des Arbeitslosengelds I gezahlt wird, abschaffen. Und er will die Hinzuverdienstmöglichkeiten beschneiden.

## In die Arbeitgebertaschen

Musterrechnungen zeigen, dass für viele Working-Poor das Modell Verschlechterungen brächte: Weniger oder das gleiche Einkommen bei erheblich längere Arbeitszeiten. Die Bereitschaft soll erhöht werden, zu Armutslöhnen zu arbeiten. Und die Abgabensenkung soll als Lohnsenkung beim Arbeitgeber ankommen. Das Ergebnis wäre eine staatlich organisierte und subventionierte weitere Umverteilung zu Lasten der Löhne und zugunsten der Gewinne.

## »UnternehmerInnen kassieren unter dem Deckmantel von ALG II staatliche Subventionen«

Wir brauchen Reformen, damit UnternehmerInnen unter dem Deckmantel von ALG II nicht weiter staatliche Subventionen kassieren. Nichts anderes bewirken der existierende Kombilohn und das Bofinger-Modell. Der einzig ertragversprechende Weg ist die Einführung eines bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 7,50 Euro – wie es ihn in vielen anderen Ländern Europas gibt. So würde die öffentliche Subventionierung von Lohnsenkung, bzw. von UnternehmerInnen durch ALG II beendet. Und vor allem: So erhielten die Beschäftigten wieder ein einigermaßen menschwürdiges Einkommen.

MICHAEL SCHLECHT  
Chefvolkswirt  
Ver.di-Bundesvorstand

Erschienen am 12. Januar 2007  
in der Financial Times Deutschland

# Droht eine neue faschistische Gefahr?

Der Auftritt des ‚Großen Diktators‘, das Trara seiner nationalen ‚Sozialisten‘, seiner ‚Filmkünstler‘ und ‚Rassehygieniker‘, Wehrwirtschaftsführer und Feldmarschälle dauerte zwölf Jahre. Wer hat in den Tagen der Befreiung, als alles noch in frischer Erinnerung war, geahnt, dass sechs Jahrzehnte danach sich das Bild der deutschen Geschichte noch immer um die Achse dieser wenigen Jahre dreht? Danach gab es, so hat man den Eindruck, nichts mehr, was ein vergleichbares Interesse an sich binden kann. Davor liegt die alte Unübersichtlichkeit, Burgen und Schlösser, Kaiser und Könige, ein verlorener Weltkrieg und eine ungeliebte Republik, hektisch und verwirrend. Aber so ähnlich haben die Nazis sie auch schon gesehen, die ‚Systemzeit‘, die der ‚Neuen Ordnung‘ vorausging.

## Eine schwierige Frage

Diese zwölf Jahre münden nicht in den breiten Strom des Vergangenen. Sie scheinen näher zu rücken. Jahrzehntelang hat man sich gefragt: Ist Bonn Weimar? Steht der zweiten deutschen Republik ein ähnliches Ende bevor wie der ersten? Das Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit seit 1974 und der bald einsetzende Sozialabbau machten es leicht, Vergleiche anzustellen, Ähnlichkeiten aufzusuchen und dabei fast wörtliche Übereinstimmungen des Forderns und Begründens zu finden. Aus Bonn ist Berlin geworden. Man

sitzt wieder im Reichstag, die Außenpolitik wird gleich neben dem alten Reichsluftfahrtministerium gemacht. Die deutsche Luftwaffe war dabei, als wieder Bomben auf Belgrad fielen. Zu Weihnachten bedient man Soldatenwünsche vom Balkan, aus Afghanistan, von den Schiffen vor dem Horn von Afrika und vor der libanesischen Küste. Die Zahl der Arbeitslosen liegt irgendwo zwischen vier und sieben Millionen. Genau weiß das niemand. Eine Wende ist nicht abzusehen. Soziale Leistungen werden zusammengestrichen. Löhne kommen unter Druck. Es wird eng, nicht nur für die Arbeitslosen.

**»bis eines Tages vielleicht der große ‚Ruck‘ durch das Volk geht, und ganz andere Saiten aufgezogen werden«**

Ist es nun die Berliner Republik, die einem ähnlichen Schicksal entgegenging wie die von Weimar, weil ihre politische Klasse mit jeder ‚Reform‘ mehr abwirtschaftet, bis eines Tages vielleicht der große ‚Ruck‘ durch das Volk geht, und ganz andere Saiten aufgezogen werden? Könnte es nicht sein, dass es in der Hitze irgend eines künftigen Sommers nicht mehr auffällt, wer auch geflaggt hat, sondern wer nicht?

## Was ist Faschismus?

Die Unsicherheit bei der Einschätzung der faschistischen Gefahr resultiert aus der Tatsache, dass die Umrisse dessen, was Faschismus überhaupt ist, mit jedem Jahrzehnt diffuser geworden sind. Wenn ein italienischer Großgrundbesitzer 1921 gefragt worden wäre, wozu denn all die jungen Leute mit den schwarzen Hemden gut seien, so wäre er um die Antwort nicht verlegen gewesen: Die Kommunisten hinausprügeln, die Hetzer, die Anarchisten, das ganze Gesindel eben. Und wäre der Pfarrer dazugekommen, hätte er gewiss nicht versäumt, daran zu erinnern, dass die Bolschewisten, die gottlosen,

nun schon seit Jahren in Russland wüten, und sich noch niemand gefunden hat, ihrem Treiben ein Ende zu setzen. Ein Jahr später, 1922, hing das Bild des Duce, des Führers der ‚Fascisten‘, überall rechts neben dem Bild des Königs.

**»hier hatte sich die Gegenbewegung zur proletarischen Revolution formiert«**

In den beiden Jahrzehnten zwischen 1919 und 1940, als der Faschismus beanspruchen konnte, etwas Neues, kraftvoll Junges, die Zukunft schlechthin zu sein, war auf den ersten Blick erkennbar, dass sich hier die Gegenbewegung zur proletarischen Revolution formiert hatte, eine Bewegung, die sich nicht wie der alte Polizeistaat damit begnügte, die Revolutionäre zu bespitzeln, zu verhaften und abzurteilen, sondern es unternahm, mit der Revolution zu konkurrieren. In der revolutionären Situation, die in den letzten beiden Jahren des Ersten Weltkrieges entstanden war, hatte die proletarische Bewegung in Europa, ausgehend von Russland, zum ersten Mal auf breiter Front die Frage nach der Macht gestellt. Zum ersten Mal bestand die reale Chance, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer zu stürzen und eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.

**»holten sich aus dem gegnerischen Lager großzügig alles, was ihnen dabei helfen konnte, sich in ‚Revolutionäre‘ zu verkleiden«**

Die Welt teilte sich in Rot und Weiß, in das Lager der sozialistischen Revolution und in das Lager der ‚Weißgardisten‘, der Konterrevolutionäre. Als Hitler 1923 im Zuchthaus Landsberg die Grundsätze seiner Politik niederschrieb, war dieser Zusammenhang noch so deutlich, dass er einräumte,

seine Bewegung müsste eigentlich eine weiße Fahne vor sich hertragen, was aber aus nahe liegenden Gründen nicht in Frage komme. Man entschied sich kontrafaktisch für Rot. Die fanatischen Feinde der Revolution ließen sich zu ‚Sozialisten‘ umtaufen und holten sich aus dem gegnerischen Lager großzügig alles, was ihnen dabei helfen konnte, sich in ‚Revolutionäre‘ zu verkleiden. Noch heute zeugt dieses Verhalten der deutschen Kontras davon, wie tief der sozialistische Gedanke im deutschen Proletariat und selbst im Kleinbürgertum Wurzeln geschlagen hatte. Sie auszureißen schien nur möglich zu sein, wenn man konkurrierend vorgab einen weit besseren, nämlich den einzig wahren, weil deutschen Sozialismus zu wollen.

**»aus der existenziellen Entgegensetzung von Klassenherrschaft und proletarischer Bewegung gewinnt der Faschismus seine Radikalität«**

Diese zwanghafte Imitation des Gegners war in der Tat eine deutsche Besonderheit. So wenig Faschisten zugleich Antisemiten sein müssen, so wenig ist es zwingend, dass sie sich als ‚Sozialisten‘ gebärden. Gleichgültig welche Symbole sie wählen, sie sind und bleiben die Todfeinde der Revolution. Der Faschismus an der Macht ist das politische System der Konterrevolution. Aus dieser Frontstellung bezieht er seine eigentümliche Dynamik. Aus der existenziellen Entgegensetzung von Klassenherrschaft und proletarischer Bewegung gewinnt er seine Radikalität.

Beide Merkmale unterscheiden ihn von älteren Systemen der Unterdrückung und Massenbeeinflussung. Faschisten erklären sich jederzeit zum letzten Wort der Geschichte, berechnen ihre Herrschaft nach Jahrtausenden und finden doch keine Stabilität. In einer endlosen Kette von Aktio-

nen, Festen, Hetzjagden und Kriegen erfinden sie sich täglich neu und können doch nicht davon ablenken, dass die Zeit gegen sie arbeitet. Die Faschisten mögen noch so dröhnend von Zukunft reden, sie haben keine, die über den Ausnahme-, den Belagerungszustand hinausreicht. Diesen aber erklären die wirklichen Führer der Bourgeoisie und sie sind es auch, die ihn wieder aufheben.

**»eine faschistische Guerilla, wie sie von den Alliierten für Deutschland befürchtet wurde, hat es nirgends gegeben«**

Die Faschisten erobern die Macht nur in der Phantasie, in der Wirklichkeit wird sie ihnen von den herrschenden Klassen übertragen und auch (wie in Spanien) nach erfüllter Mission wieder entzogen. Eine faschistische Guerilla, wie sie von den Alliierten für Deutschland befürchtet wurde, hat es nirgends gegeben, denn so penetrant die Faschisten das Wort ‚Volk‘ gebrauchen, sie waren jederzeit Handlanger gegen das Volk. Sank ihr Stern, weil die wirklich Mächtigen ihnen das Mandat entzogen, gab es keine soziale Basis mehr, auf der sie einen illegalen Kampf hätten führen können. Legal, wie sie 1933 in Deutschland die Macht übernommen hatten, verschwanden sie zum Erstaunen der Welt in der neuen Legalität des Kalten Krieges. Selbst ihre Folterknechte fanden Verwendung, ihre Juristen und Generäle selbstredend auch. Es fiel keinem schwer, sich in das geänderte Mandat einzuleben, denn der konterrevolutionäre, der antikommunistische Kern blieb unberührt, nun nicht mehr eingehüllt in das nordisch-herbe Fleisch eines ‚großgermanischen Reiches‘, sondern in das rheinisch-süße des ‚christlichen Abendlandes‘.

Die faschistische Diktatur ist auch für ihre Auftraggeber nicht frei von Risiken, und man entscheidet sich für diese Extremform bürgerlicher Politik erst angesichts einer akuten Bedrohung. Es unterliegt dabei der subjektiven Wahrnehmung, ob die Stunde (wie in Richard Wagners Oper ‚Rienzi‘) ‚zu tausendjähr‘ger Tat‘ geschlagen hat. Rückblickend sind Zweifel erlaubt, ob an der Jahreswende 1932/33 die führenden Kreise in Deutschland das revolutionäre Potential der Arbeiterbewegung richtig bewerteten, als sie meinten, alles auf die faschistische Karte setzen zu müssen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sie ihre Entscheidung in einem weiten Kontext trafen, zu dem die rasche Industrialisierung der Sowjetunion im Osten ebenso gehörte wie die starken Arbeiterbewegungen Frankreichs und Spaniens im Westen. Schon drei Jahre später, 1936, griffen sie in den spanischen Bürgerkrieg ein, zogen ihn gewissermaßen an sich, und ließen ihm 1941 mit dem Überfall auf die UdSSR den europäischen Bürgerkrieg folgen.

**Sieben Jahrzehnte danach**

Sieben Jahrzehnte später hat sich die politische Geographie Europas und der Welt in einer Weise verändert, die niemand vorausahnen konnte, zumal jene nicht, die selbst erlebt hatten, wie die Sowjetunion durch ihren militärischen Sieg über den deutschen Faschismus zur Weltmacht aufstieg.

**»weltweit gibt es kein Industrieland, in dem die herrschenden Klassen fürchten müssten, von einer revolutionären Bewegung gestürzt zu werden«**

Nie war der Kommunismus populärer in Europa als im Sommer 1945, während der wenigen Monate zwischen dem 8. Mai und dem 6. August, zwischen der be-



## Fortsetzung von Seite 13

dingungslosen Kapitulation Hitlers Deutschlands und dem Abwurf der ersten Atombombe durch die USA. Nur 46 Jahre später löste sich die UdSSR selbst auf. Die KPdSU kollabierte zu einer Sekte und aus ihren ehemaligen ‚Wirtschaftskadern‘ etablierte sich die neue Bourgeoisie. Weltweit gibt es kein Industrieland, in dem die herrschenden Klassen fürchten müssten, von einer revolutionären Bewegung gestürzt zu werden. Entsprechend inaktuell ist die Option einer faschistischen Diktatur. Dies wird nicht auf ewig so bleiben. Es bedarf aber keiner langen Begründung, um plausibel zu machen, dass die Zentren der Welt weit von einer finalen Zuspitzung der gesellschaftlichen Gegensätze entfernt sind. Ein Grund, die Hände bis auf weiteres in den Schoß zu legen, ist das nicht.

**»der innere Zusammenbruch der sozialistischen Länder hat den alten Brandherden neue hinzugefügt«**

Die unausdenkbare Tat, innerhalb einer Sekunde die Bevölkerung einer Großstadt ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter zu verbrennen, war nicht im Kopf eines faschistischen Diktators konzipiert worden, sondern in dem eines demokratisch gewählten Präsidenten der USA. Sie galt schon nicht mehr dem kapitulationsbereiten Gegner. Sie sollte der formal noch immer verbündeten UdSSR vor Augen führen, womit sie im Ernstfall zu rechnen hatte. Die deutschen Faschisten waren bankrott. Der Massenmord als Mittel der Politik ging weiter, und ebenso taten es die Kriege. Man schätzt die Zahl der Opfer jener ‚Regionalkonflikte‘ nach 1945 auf über 20 Millionen. Der innere Zusammenbruch der sozialistischen Länder hat den alten Brandherden neue hinzugefügt. Ganz Westasien

und große Teile Afrikas sind heute Kriegsschauplatz oder laufen Gefahr, es zu werden. Die USA haben 2001 im Zuge eines ‚Weltkrieges gegen den Terrorismus‘ ihr uneingeschränktes Interventionsrecht proklamiert und handeln danach. Jugoslawien, Afghanistan, der Irak und der Libanon wurden bereits überfallen. Syrien und der Iran werden bedroht. Die ‚Demokratisierung‘ Cubas ist ein ebenso selbstverständlicher wie beiläufiger Punkt der Traktandenliste, für die das Völkerrecht geradezu demonstrativ außer Kraft gesetzt ist.

**»die herrschende Politik ist nun wieder am Ausgangspunkt angekommen, beim gewöhnlichen Imperialismus«**

Das alles geschieht ohne Faschismus. Die herrschende Politik hat die Konfrontation mit der revolutionären Bewegung weit hinter sich gelassen und ist nun wieder am Ausgangspunkt angekommen, beim gewöhnlichen Imperialismus. Ein Grund aufzuatmen ist das nicht, denn Verbrechen größten Stils waren jederzeit Teil dieser Politik, so der Massenmord der Deutschen an den Hereros, der Belgier an den Kongolesen, der Türken an den Armeniern, der deutschen und französischen Militäristen an ihren eigenen Soldaten in der ‚Blutmühle‘ von Verdun 1916, einer Schlacht im eigentlichen Sinn des Wortes, die in wenigen Monaten gegen eine Millionen junger Männer verschlang.

**»die ‚sozialistischen‘ Burgfriedenspolitiker folgten den militaristischen Parolen mit Überzeugung«**

Die ‚sozialistischen‘ Burgfriedenspolitiker sahen dem Wahnsinn nicht etwa hilflos zu. Sie folgten den militaristischen Parolen mit solcher Überzeugung, dass noch im Jahr von Verdun, am 2. Dezember 1916, die staatliche Anerkennung und der gesetzliche Einbau der Gewerkschaften in die

Maschinerie des Krieges erfolgen konnten.

**Die ‚westliche‘ Welt**

Die Überrepräsentanz des deutschen Faschismus im Geschichtsbewusstsein hat zu einer gespaltenen Wahrnehmung geführt: Man horcht gespannt auf Anzeichen eines kommenden Unheils und ist zugleich abgestumpft gegen das Getöse der Kriege, die einige Flugstunden weiter geführt werden, abgebrüht auch gegen die Sendboten des Elends die täglich halbtot europäische Küsten erreichen. Wir leben gewissermaßen vor den Drahtzäunen großer Lager und sehen zu, wie die Fluchtversuche vereitelt werden. Das alte koloniale Schema ist auf eine neue Stufe gehoben. Die Metropolen halten untereinander Frieden. Sie erklären sich zur ‚Welt‘ schlechthin, zu einer idyllischen ‚Staatengemeinschaft‘. Außerhalb einer gewissen Linie gelten die Rechtsnormen nur eingeschränkt. Die Gewalt nimmt nach der Peripherie hin zu. In den Zentren ist sie diesem Modell nach ein Monopol des Rechtsstaates. An den unzugänglich gewordenen Rändern ist sie das konstitutive Element. Es ist bemerkenswert, mit wie viel Aufmerksamkeit und berechtigtem Schamgefühl jede Einzelheit des Massenmordes in Erinnerung gebracht wird, wenn er in Mitteleuropa stattgefunden hat, und wie oberflächlich, ja gleichgültig man den Massenmord hinnimmt, findet er in Ostafrika statt.

Diese konzentrische Struktur wird verschleiert durch den pseudo-geographischen Begriff der ‚westlichen Welt‘. In Wirklichkeit bedeutet ‚Westen‘ ganz allgemein die Mitte der kapitalistischen Welt, die Gesamtheit ihrer weltweit

agierenden Zentren und insbesondere jener zu beiden Seiten des Nordatlantik. In dieser neokolonialen Welt ist kein Bedarf an Massenbewegung und Massenrepression im faschistischen Stil. In jahrhundertelangen Kämpfen hat sich das Großkapital, zuletzt gegen die sozialistische Bewegung, erfolgreich durchgesetzt und übt nun zum ersten Mal eine nahezu absolute Macht aus. Es ist dieser historisch neue Absolutismus des Kapitals, der den Anhängern einer faschistischen Diktatur wenig Raum lässt. Man braucht sie einfach nicht, weil keine Revolution droht, weil Kriege in großer Zahl ganz ohne faschistisches Tamtam geführt werden. Welche Rohstoffe könnte ein faschistisches Regime zum Ziel seiner Feldzüge machen, die nicht schon längst in der Hand der Konzerne sind?

**»der Faschismus kann nicht der zentrale Bezugspunkt einer neuen Linken sein, auch nicht in leidenschaftlicher Negation«**

Welche Arbeitskräfte könnte es auftun, die nicht schon längst für den Weltmarkt ausgebeutet werden? Selbst ein Krieg zwischen den Großmächten ist ganz ohne faschistische Kulisse möglich, wie der Erste Weltkrieg zeigt. Die Nische ist eng, in der sich die Neonazis bewegen. Sie sitzen gewissermaßen auf einem Bahnhof, aus dem der letzte Zug längst abgefahren ist. So ist es auch kein Zufall, dass sie keine zündende Idee, kein vorzeigbares Personal haben, dass ihnen gelegentliche Wahlerfolge zwischen den Fingern zerrinnen. Man wird nicht umhin kommen, auch diesen Leuten die passende Antwort zu geben, aber sie sind nicht der Hauptgegner. Grundsätzlich gilt: Der Faschismus kann nicht der zentrale Bezugspunkt einer neuen Linken sein, auch nicht in leidenschaftlicher Negation.

## Antifaschismus und Sozialismus

„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ Diese Losung aus den Jahren unmittelbar nach der Befreiung brachte zweifellos zum Ausdruck, was die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung unter dem frischen Eindruck der Bombennächte und Rückzugskämpfe dachte. Und doch traf die Losung nicht den Kern der Sache, denn auch die Großindustriellen hatten keine Lust auf einen weiteren verlorenen Krieg und die Großgrundbesitzer dankten es dem Führer nicht sonderlich, dass die deutsche ‚Ostbewegung‘ nun selbst hinter die Siedlungsgrenze des 13. Jh. zurückfiel. An ihr faschistisches Abenteuer wollten beide lieber nicht erinnert werden. Sie hatten ja eigentlich garnichts damit zu tun. Es war also nicht schwer, in diesen Jahren gegen Faschismus und Krieg zu sein.

Der Konflikt brach an einer ganz anderen Frage auf. Sollte nun das Geschäft des Kapitalismus mit veränderter Dekoration weitergeführt werden, oder ging es darum den Sozialismus aufzubauen, um endlich aus dem Teufelskreis von Krise, Unterdrückung und Krieg auszubrechen? Wer keinen ‚Wiederaufbau‘ der kapitalistischen Gesellschaft wollte, sondern den endlichen Beginn eines solidarischen Zusammenlebens, der konnte sich mit dem Verzicht auf Faschismus und Krieg nicht zufrieden geben; der musste schon sagen, wie das andere Leben aussehen sollte, und viele haben das auch getan und angepackt.

Dabei sollten sich möglichst viele beteiligen, auch solche, die zwar vom Faschismus nichts mehr wissen wollten, aber deshalb noch lang nicht sozialistisch gesinnt

waren. Durch die Auseinandersetzung mit dem Faschismus als Teil ihrer Biographie sollten sie schrittweise an sozialistische Denkweisen und Ziele herangeführt werden. Zu Anfang gelang dies wohl auch, aber die dominante Tendenz der nachfolgenden Jahrzehnte war doch eine gegenläufige.

**»aber den Sozialismus will man auch nicht wiederhaben – nicht wirklich«**

Der Sozialismus geriet in Misskredit, fallierte schließlich und übrig blieb eine verwirrende Konkursmasse, zu der auch die ‚ländliche Jugendkultur‘ der Glatzköpfe gehört. Von dieser distanziert man sich natürlich, aber den Sozialismus will man auch nicht wiederhaben – „nicht wirklich“.

**»In antiextremistischer Sicht«**

Den bürgerlichen Geschichtspfleger ist es nun leicht gemacht, in ‚antiextremistischer Sicht‘ von ‚zwei deutschen Diktaturen‘ zu sprechen die man nun glücklich hinter sich gebracht habe. Auch diejenigen, die eine solche diffamierende Gleichsetzung kategorisch ablehnen, halten sich zurück, das sozialistische Projekt zu verteidigen. Man ist nun ‚Anti‘ und schweigt sich im Übrigen aus.

**»und es fehlt nicht viel, dass sich die Rotarmisten auch noch entschuldigen«**

Zur Einübung des neuen Geschichtsbildes trägt auch bei, dass sich seit der kläglichen Selbstauflösung der Sowjetunion der Blick auf den Zweiten Weltkrieg verändert hat. Der Höhepunkt des Ringens mit der Konterrevolution erscheint nun als etwas Unbegreifliches, Sinnloses, lediglich dem Größenwahn der Diktatoren entsprungenes. Man organisierte Treffen von Kriegsteilnehmern, die sich ‚über Gräber hinweg‘ die Hand schüttelten, und es fehlt nicht viel, dass sich die Rotarmisten auch noch entschuldigen.

## Fortsetzung von Seite 15

Während den Konzernen seit 1991 auch über Osteuropa ihr Glücksstern wieder leuchtet und die deutschen Arbeitgeber lässig auf das Arbeitskräftepotential ‚im Osten‘ verweisen können, hat sich für die Linken der Himmel so gezogen, dass Orientierung schwer fällt. Sie laufen Gefahr, eine Art Straßenkehrer des herrschenden Systems zu werden, allzeit den ‚braunen Dreck‘ im Blick, immer bereit, ihn wegzufegen.

**»die faschistische Option bürgerliche Politik ist an eine konkrete Konstellation der Klassenauseinandersetzungen gebunden«**

Die faschistische Option bürgerlicher Politik resultiert nicht aus einer langfristigen Summierung ‚rechter Tendenzen‘, aus einer Art Verschmutzung der politischen Szene. Sie entwickelt sich auch nicht wie eine Krankheit aus kaum wahrnehmbaren Symptomen zum Vollbild der Diktatur und des Massenmordes. Sie ist an eine konkrete, so nicht jederzeit wiederholbare Konstellation der Klassenauseinandersetzungen gebunden.

Die faschistische Diktatur ist auch kein beliebiges Mittel zur Bewältigung einer ökonomischen Krise, noch weniger die unmittelbare Folge von Massenarbeitslosigkeit, wie das für Deutschland unter formelhafter Berufung auf ‚die sechs Millionen Arbeitslosen‘ gerne behauptet wird. Gerade in Deutschland ist seit 1974 der Beleg dafür erbracht worden, dass die Arbeitslosigkeit gewaltige Ausmaße annehmen kann, ohne die faschistische Option auch nur entfernt zu aktualisieren. Die deutsche Geschichte der frühen 30er Jahre zeigt, dass die Bewältigung der wirtschaftlichen Krise keineswegs das ausschlaggebende Motiv der herrschenden Politik war. Man hat im Gegenteil (wie schon 1923) bewusst auf die Verschärfung der Krise hingearbeitet, um den Klassengegner stellen und schlagen zu können.

Im Deutschland des Jahres 1933 kam die Spekulation hinzu, man könnte den weithin populären Kreuzzug gegen den Bolschewismus mit der Gründung eines Kolonialreiches in Osteuropa verbinden. Dieser ‚Fingerzeig des Schicksals‘ steigerte zweifellos die Aggressivität der deutschen Kontras, aber es ist doch festzuhalten, dass nicht jede faschistische Diktatur mit einem derart weitgreifenden Expansionsprogramm verbunden sein muss. (Umgekehrt können solche Programme sehr wohl mit ‚antifaschistischen‘ Sprüchen garniert sein, wie die US-Politik unserer Tage lehrt.)

Die unter religiösen Kategorien von Schuld und Sühne stattfindende Fixierung auf die deutsche Diktatur verstellt den Blick auf abweichende Varianten faschistischer Politik. Man stelle sich beispielsweise vor, der deutsche Diktator hätte (bei etwas mehr ‚Vernunft‘) den Krieg ‚rechtzeitig‘ beendet oder erst garnicht angefangen, wäre in den 50er Jahren zu einem Verbündeten der USA geworden, in Ehren ergraut und 1975 samt seinem Regime beerdigt worden.

**»der Chef des Hauses Hohenzollern wäre zur Freude der Boulevardblätter König von Deutschland geworden«**

Zwei Jahre später hätte sich die NSDAP aufgelöst und der Chef des Hauses Hohenzollern wäre zur Freude der Boulevardblätter König von Deutschland geworden. Ein obszöner Gedanke? In Spanien ist genau das passiert, und doch wird niemand behaupten wollen, das Franco-Regime (von Hitler und Mussolini an die Macht gebombt) sei keine faschistische Diktatur gewesen.

## Massenmord als Legitimation

Der Gebrauch der Geschichte zu politischen Zwecken hat meist wenig mit Logik zu tun. Anders ist es nicht zu erklären, dass die Gleichen, die eindringlich vor der Wiederholung des Faschismus warnen, im gleichen Atemzug die Einmaligkeit seiner Verbrechen behaupten. Die Arbeiterbewegung hat frühzeitig den Antisemitismus bekämpft, war diese besondere Form der reaktionären Hetze seit dem Ende des 19. Jh. doch gegen sie selbst gerichtet.

**»als die Züge in die Vernichtungslager rollten, unternahm die alliierte Luftwaffe nichts, das Morden aufzuhalten«**

Die internationale Arbeiterbewegung war es auch, die der Empörung über das Pogrom von 1938 Ausdruck gegeben hat, ganz im Gegensatz zur Diplomatie Englands und Frankreichs, die sich bedeckt hielt, um den Partner des kurz zuvor unterschriebenen Münchner Abkommens nicht zu verstimmen. Auch als die Züge in die Vernichtungslager rollten, unternahm die alliierte Luftwaffe rein nichts, das Morden aufzuhalten. Die Rote Armee war es endlich, die Auschwitz befreite und der Welt die ersten Bilder der Überlebenden lieferte. Es fehlte denen, die vor den Überresten des Verbrechens standen, wohl oft die Worte, aber es machte doch auch hier keinen Sinn, einem historischen Ereignis ‚Einmaligkeit‘ zu attestieren, es sei denn, man hätte vorgehabt, an diese Feststellung eine Art Religion zu knüpfen.

**»zwischen dem faschistischen Massenmord und dem Konzept eines jüdischen Staates besteht kein kausaler Zusammenhang«**

Etwas Ähnliches geschieht allerdings, wenn seit dem Kosovo-Krieg der Massenmord an den Juden, wenn Auschwitz als Schlagwort zur Begründung von Kriegen her-

angezogen wird, die doch ganz offensichtlich dazu dienen, Großmachtinteressen durchzusetzen. Zwischen dem faschistischen Massenmord und dem Konzept eines jüdischen Staates besteht kein kausaler Zusammenhang, wohl aber zwischen der britischen Kolonialpolitik in Palästina und der prinzipiellen Missachtung der ansässigen Bevölkerung. Sie lebte dort, als Mitteleuropa noch am Rand der Welt lag, kam im 7. Jh. unter arabische Herrschaft und verteidigte sich vom 11. bis 13. Jh. in endlosen Kämpfen gegen die europäischen Eroberer.

**»gemeinsam wehrten sich Araber und Juden gegen die britischen Besatzer, die das Land wie eine Kolonie behandelten«**

1917 eroberten die Briten das Land. Gemeinsam wehrten sich Araber und Juden gegen die britischen Besatzer, die das Land wie eine Kolonie behandelten. Zu ihrer Politik gehörte es von Anfang an, die Araber gegen die Juden und die Juden gegen die Araber aufzuhetzen, und nichts trug mehr dazu bei, als die zynische Idee, unter dem Titel einer ‚Nationalen Heimstatt‘ (national home) ein Land zu verschenken, das den Briten nicht gehörte, dessen Grenzen nicht festgelegt waren und dessen Bewohner erst noch aus der ganzen Welt dorthin gebracht werden sollten. Die so in Gang gesetzte Landnahme ist bis heute nicht zum Stillstand gekommen. Sie stützt sich inzwischen auf einen hochgerüsteten Militärapparat und eine Staatsdoktrin, die sich nur wenig von den Grundsätzen unterscheidet, die jahrzehntelang unter dem Schlagwort einer ‚getrennten Entwicklung‘ in Südafrika praktiziert worden sind.

Es ist leider eine Tatsache, dass die Erinnerung an den faschistischen Massenmord systematisch dazu herangezogen wird, dieser Politik eine moralische Rechtferti-

gung zu geben. Je ausgreifender die Ziele, je bedenkenloser die Mittel und je wertvoller der ‚westliche‘ Brückenkopf für die geostrategischen Ziele der USA, umso intensiver wird an dieser ideologischen Verknüpfung gearbeitet.

**»Erinnerung kann leicht manipuliert werden, wenn man sie aus dem rational erfassbaren Zusammenhang löst**

Viele, die sich in den vergangenen Jahrzehnten darum bemüht haben, die Erinnerung an die faschistischen Massenverbrechen wach zu halten, geraten in die fatale Situation, in die Rechtfertigung einer aggressiven, durchaus kolonialen Mustern folgenden Politik einbezogen zu werden. Gerade hier wird deutlich, wie leicht Erinnerung manipuliert werden kann, wenn man sie aus dem rational erfassbaren Zusammenhang löst und zum Gegenstand moralischer ‚Bekanntnisse‘ macht.

Die Politik der USA und ihrer Verbündeten hat den gesamten Nahen Osten in einen Schauplatz verwandelt, auf dem Glück und Leben von Millionen Menschen dem imperialistischen Plan eines ‚Neuen Nahen Ostens‘ geopfert werden. Die Gewaltpolitik der israelischen Rechten ist eine wichtige Stütze dieses Vorhabens und wäre ohne die Rückendeckung der USA undenkbar. Das alles hat nichts mit Faschismus zu tun, wohl aber mit der Wiederkehr einer Vergangenheit, in der es etwas ganz Normales war, sich (mit welcher Begründung auch immer) so viel Land zu nehmen, wie man brauchte, um Siedler darauf anzusetzen, um Bodenschätze darunter auszubeuten und, wenn es sich rechnete, auch die Menschen darauf.

**Ausblick**

Die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung reicht tief in das 19. Jh. zurück, zumindest bis 1830 und in England noch viel weiter. In diesen Zeitraum von zwei Jahrhunderten

wurden die Überzeugungen und Ziele formuliert, die noch immer gültig sind. Wenn die Linke heute auch schwach ist und gleichsam nur ein Schatten dessen, was sie einmal war, so ist sie doch Teil der großen Anstrengung, zu einer gerechten Gesellschaft zu gelangen. Dieses Ringen vollzog sich in einem weiten Spannungsbogen, der seinen Höhepunkt im russischen Oktober 1917 und im deutschen November 1918 hatte. Am Datum des 9. November wird sich künftig Jahr für Jahr zeigen, ob die Linke im Stande ist, sich aus der Fixierung auf den Faschismus zu lösen und zu sich selbst zurückzufinden.

**»mit einem ‚Marsch auf Berlin‘ nach italienischem Vorbild die Konterrevolution zum Sieg zu führen«**

Auch das Pogrom von 1938 wurde letzten Endes mit dem Ziel unternommen, die Erinnerung an den 9. November 1918 auszulöschen, ganz in dem Sinn, wie die Nazis schon am 9. November 1923 versucht hatten, mit einem ‚Marsch auf Berlin‘ nach italienischem Vorbild die Konterrevolution zum Sieg zu führen. Es nimmt den Opfern von 1938 nichts, wenn man diese Zusammenhänge aufdeckt und dem 9. November endlich wieder zum Symbol des Widerstandes macht, des Kampfes gegen Ausbeutung und Krieg, gegen den Imperialismus in allen seinen Formen.

---

PETER SCHERER



# Steuergeschenke an die Konzerne sind der falsche Weg

Die Mehrwertsteuer belastet die Bevölkerung mit 30 Milliarden Euro. Zugleich sollen Unternehmen um schätzungsweise zehn Milliarden entlastet werden – der Gipfel der Ungerechtigkeit.

Wir wissen es. Finanzminister Steinbrück tut es leid, die Bevölkerung mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer zu belasten. So beteuert er immer wieder. 20 Milliarden Euro sind ja auch kein Pappenstil. Auch würde er uns weitere Einschnitte nur schweren Herzens zumuten. Kürzung der Pendlerpauschale, Sparerfreibeträge ... alles zusammen 30 Milliarden Euro. Aber alles sei notwendig – so Steinbrück –, da die Staatsfinanzen marode seien. Haushaltskonsolidierung sei angesagt. Manch einer mag sich in diesen scheinbaren Sachzwang knurrend fügen.

Merkwürdig nur: Für neue Steuergeschenke an die UnternehmerInnen ist Geld da! Fünf Milliarden Euro soll die Unternehmenssteuerreform kosten. Nach offiziellen Schätzungen. Der Finanzminister präsentiert sie ohne rot zu werden. Im Koalitionsvertrag hieß es noch, die Reform solle kostenneutral erfolgen.

**»nach Schätzungen werden die Einnahmeverluste mindestens 10 Milliarden Euro im Jahr betragen«**

Bei den fünf Milliarden Euro wird es jedoch nicht bleiben. Es gibt etliche ungeklärte Positionen und Luftbuchungen. Etwa dass die Reform dazu führen werde, dass vermehrt Gewinne in Deutschland versteuert werden – ein reiner Hoffnungswert. 3,5 Milliarden Euro sollen so ‚gegenfinanziert‘ werden. Nach Schätzungen des Steuerexperten Professor Jarass

werden die Einnahmeverluste mindestens 10 Milliarden Euro im Jahr betragen. Die Hälfte der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung soll den Unternehmen geschenkt werden! Selten wird das Volk so offen an der Nase herumgeführt.

Dabei schwimmen die Konzerne ohnehin im Geld. Und machen Milliardengewinne. Viele werfen ohne wirtschaftliche Not Tausende von Beschäftigten auf die Straße. Und jetzt weitere massive Steuergeschenke? Von uns bezahlt?

**»2001 wurden von UnternehmerInnen überhaupt keine Steuern gezahlt«**

Mehr Investitionen und Beschäftigung – das soll die Senkung der Unternehmensteuern bringen. 2001 hat Rot-Grün dieses Experiment schon einmal gemacht – und ist kräftig ‚auf die Nase gefallen‘. Damals war geplant den Konzernen und Aktiengesellschaften acht Milliarden Euro nachzulassen. Am Ende wurde daraus ein Geschenk von über 20 Milliarden Euro! 2001 wurden überhaupt keine Steuern gezahlt. Im Gegenteil: Die FinanzbeamtenInnen zahlten 400 Millionen Euro an die UnternehmerInnen. Sie müssen sich damals wie im Schlafraffenland gefühlt haben. Aber nicht für die Beschäftigten! Investitionen und Arbeitsplätze sind gleichwohl weiter zurückgegangen. Mindestens 50 Milliarden Euro Steuereinnahmen sind seitdem verschenkt worden. Dafür sind die Gewinne um so stärker gewachsen!

Es ist abenteuerlich: Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Vorstel-

lung Steuersenkungen bewirkten Investitionen eine ‚Lebenslüge‘ ist. Was wird daraus gelernt? Nichts! Dem Volk wird weiterhin der gleiche Unsinn erzählt!

Die Unternehmensteuern sind angeblich hierzulande zu hoch, nicht wettbewerbsfähig. Ein Argument, dass für den Exportweltmeister von besonderer Überzeugungskraft strotzt. Der theoretische Steuersatz liegt in Deutschland bei rund 39%. Nur Japan und die USA liegen darüber. Tatsächlich ist die Besteuerung jedoch löchriger als ein Schweizer Käse. Steuerschlupflöcher ohne Ende. Große Teile des Gewinns werden herausgerechnet und gar nicht besteuert. Deshalb ist der tatsächliche Steuersatz deutlich niedriger als der theoretische.

**»mit der jetzigen Steuerpolitik wird das internationale Steuerdumping angeheizt«**

Nach Berechnungen von Professor Jarass fließen 16% der Gewinne der Konzerne dem Staat zu. Nach Angaben der EU sind es 20%. 16 bis 20% – das dürfte die realistische Spanne sein. Nicht einmal die Hälfte der theoretischen Steuerlast! Und: Ein international günstiger Steuersatz. Übrigens: Der Finanzminister weiß nicht wie hoch die tatsächliche Steuerlast ist – er liebt Reformen im Blindflug.

Immer wieder wird behauptet, dass wir die Steuern senken müssten weil der internationale Steuerwettbewerb uns dazu zwingt. Und die Globalisierung, National sei man der internationalen Konkurrenz hilflos ausgeliefert. Man sieht: Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Mit der jetzigen Steuerpolitik wird das internationale Steuerdumping angeheizt. Nicht Deutschland ist das Opfer, diese



# Neuer Kapitalismus alte Lohnarbeit

**Gewerkschaftspolitische Koferenz 13. und 14. April 2007  
in Hamburg**

Regierung macht unser Land zum Täter.

Die Steuergeschenke der Vergangenheit sind der Grund für die Finanzmisere des Staates. Die fort-dauernden Steuergeschenke, eingeleitet von Rot-Grün, zu beenden – das wäre der richtige Weg. Anstatt 30 Milliarden Euro bei breiten Teilen der Bevölkerung einzukassieren. Läge die tatsächliche Besteuerung der Gewinne auf europäischem Niveau, erhielte der Finanzminister 20 Milliarden Euro mehr. 100 000 Euro weniger als 1998 zahlt heute ein Einkommens-millionär. Jedes Jahr. Würden die Steuergeschenke für Reiche gestrichen, wären zehn Milliarden Euro mehr in der Staatskasse.

**»die Steuerpolitik ist dafür mitverantwortlich, dass dreiviertel der Menschen diese Republik für unsozial halten«**

Auch die Steuerpolitik leistet einen Beitrag zur Verdrossenheit der BürgerInnen. Sie ist dafür mitverantwortlich, dass dreiviertel der Menschen diese Republik für unsozial halten. Bedrohlich wird, dass auch immer mehr an der Demokratie ihre Zweifel bekommen. Rot-Grün hat den Nährboden gelegt, Schwarz-Rot treibt die Ungerechtigkeiten auf die Spitze.

---

MICHAEL SCHLECHT  
Chefvolkswirt  
Ver.di-Bundesvorstand

erschienen in der Frankfurter  
Rundschau, 30. Dezember 2006

Wirtschaft und Arbeitswelt haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten so radikal gewandelt, dass mittlerweile vom neuen Kapitalismus die Rede ist. Im neuen Kapitalismus scheint nichts bei Alten geblieben. Die Produktionsweise hat sich eben so radikal verändert, wie die Formen der Profitmaximierung und die Verteilung des gesellschaftlich erzeugten Reichtums. Was aber ist mit der Lohnarbeit geschehen? Geht uns die Arbeit aus, gehören die mühsam erkämpften Sicherheiten der Vergangenheit an oder gehört die Zukunft dem flexiblen Arbeitskraftunternehmer, der weder Tarifverträge noch Gewerkschaften braucht? Nach Jahren der Verluste und Verzichte stellt sich die Frage, wie der soziale und rechtliche Status der abhängig Beschäftigten neu begründet und ihr Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung erweitert werden kann. Es geht um veränderte Formen gewerkschaftlicher Arbeit und eine Neubegründung linker Politik.

## Auszug aus dem Programm

Eröffnungspodium:

- +Was ist neu am neuen Kapitalismus?
- +Neue Arbeitsverhältnisse – neue Kampfbedingungen
- Foren:
- +Betriebsräte – nur noch vom Finanzmarkt getrieben?
- +Lohnpolitik – Dumping ohne Ende?
- +Arbeitszeitverkürzung – nur eine Erinnerung an die Vergangenheit oder brauchen wir eine gesetzliche Höchst-arbeitszeit?
- +Europäische Gewerkschaften – Generalstreik oder sozialer Dialog?
- +Berufsausbildung nur noch zu Dumpingpreisen?

Schlusspodium:

Politik und Gewerkschaft – gemeinsam neu denken

Veranstalterin:

Linkspartei.PDS  
AG Betrieb & Gewerkschaft von  
Linkspartei und WASG

Anmeldung:

Wir bitten um verbindliche  
Anmeldung für die Konferenz bis  
zum 2. April

Kontakt/Information:

Linkspartei.PDS,  
Bundesgeschäftsstelle,  
AG Betrieb & Gewerkschaft,  
Kleine Alexanderstr. 28,  
10178 Berlin  
Tel: 030 / 24 009 673  
Fax: 030 / 24 009 480  
E-Mail: ag.bg@linkspartei.de

Veranstaltungsort:

Staatliche Gewerbeschule  
Bautechnik, G19  
Billwerder Billdeich 622, Hamburg

TeilnehmerInnenbeitrag:

Für die Teilnahme an beiden Tagen  
bitten wir um eine  
Teilnehmergebühr von 20 Euro, 10  
Euro ermäßigt für StudentInnen,  
RentnerInnen, Arbeitslose). Für ALG  
II-BezieherInnen ist die Teilnahme  
frei.

# Die Wirtschaft ist keine

Man hat immer mehr den Eindruck, die Wirtschaft ist zu einer Unternehmerwirtschaft degeneriert. Die Wirtschaft ist aber nicht zur Befriedigung privater Kapitalinteressen in Form maximaler Profitraten da, sondern die Wirtschaft hat die materielle und geistige Existenz der ganzen Gesellschaft zu sichern; an ihr nehmen alle aktiven Mitglieder der Gesellschaft teil, sie wird von den Lohnarbeitenden ebenso wie von UnternehmerInnen in Bewegung gesetzt.

Unternehmen, vor allen Dingen große Unternehmen und Konzerne, sind keine Privatangelegenheit von Privatpersonen für Privatpersonen, sondern gesellschaftliche Einrichtungen, die großen Einfluss auf das Leben von vielen Menschen haben, in denen eben wegen dieses Einflusses demokratische Verhältnisse herrschen müssen. Hierbei gilt auch: Die einseitig ohne Partizipation der ArbeitnehmerInnen vom Kapital vollzogenen Investitionen in Technik, Organisation und Märkte wirken nicht nur auf das Kapital selbst zurück, sondern treffen mit einem persönlichen Risiko die abhängig Beschäftigten viel mehr. Diese verlieren ihre Arbeit und in der Regel ihre einzige Reproduktionsbasis.

**»die Verteilung von Gewinn wird hier noch aus der Vorstellung vom Unternehmen als Gemeinschaft abgeleitet«**

Selbst die zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch junge Betriebswirtschaftslehre sah im Gegensatz zu heute ihre Aufgabe nicht darin zuzuschauen, „ob und wie irgend jemand sich ein Einkommen oder Vermögen verschafft“ bzw. Gewinne maximiert, sondern, „Sinn unserer Lehre“, schrieb Eugen Schmalenbach, „ist lediglich zu erforschen, wie und auf welche Weise der Betrieb seine gemeinschaftliche Produktivität beweist.“ Auch die Verteilung von Gewinn wird hier noch aus der Vorstellung vom Unternehmen als Gemeinschaft abgeleitet.

So fordert Rolf Dietrich in konsequenter Haltung: Empfänger des Gewinns sei das Unternehmen und nicht, wie allgemein angenommen, dessen KapitaleignerIn. Die Beschäftigten hätten, weil sie ihre Arbeitskraft und ihr geistiges Kapital im Unternehmen einsetzen, die gleichen Eigentumsrechte am Ertrag wie der ‚Betriebsherr‘.

**»Löhne und Gehälter seien keine Kosten, sondern vorgeschossene Ertragsanteile«**

Deshalb sei dieser auch weder den Beschäftigten noch dem Gewinn gegenüber uneingeschränkter Herrscher. Eine ähnliche Argumentation vertritt Heinrich Nicklisch. Löhne und Gehälter seien keine Kosten, sondern vorgeschossene Ertragsanteile. Sie bildeten deshalb erst den ersten Akt der Ertragsverteilung. Den zweiten Akt ‚Maßnahmen der Gewinnverteilung auf die Arbeitnehmer‘, die Nicklisch als ‚natürliches Recht‘ bezeichnet. Die Unternehmung wurde somit nicht wie heute mit

einer ‚Unternehmerwirtschaft‘ gleichgesetzt. Der/die UnternehmerIn alleine bildet noch kein Unternehmen ab. Dies entsteht erst wirklich, wenn UnternehmerInnen von der Arbeit anderer, ihrer abhängig Beschäftigten leben bzw. sich den Mehrwert aneignen. Ohne den neuwertschaffenden Menschen sind Unternehmen mit ihren toten Kapitalausstattungen lediglich Museen oder Ausstellungen. Bis heute ist es aber dennoch nicht anerkannt, dass nur in Kombination aus Arbeit und Kapital eine Mehrwertproduktion entsteht.

**»die Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft, ist in ihrem Denken nicht arbeits-, sondern kapitalorientiert«**

Auch das vielzitierte Kapitalrisiko beschränkt sich auf den originären Kapitaleinsatz. Nach einer Unternehmensgründung akkumulierter Gewinn basiert bereits auf einer Kombination von Arbeit und Kapital. Die Wirtschaft, inklusive der Wirtschaftswissenschaft, ist trotzdem in ihrem Denken nicht arbeits-, sondern kapitalorientiert. Wir sprechen nicht von einer Arbeits-, sondern von einer Kapitalrentabilität. Der Ökonom Otto Conrad hat in Anlehnung an Karl Marx diese Sicht als die „Todsünde der Nationalökonomie“ bezeichnet und sich gegen eine Gleichsetzung der Produktionsfak-

# Unternehmerwirtschaft

toren Arbeit, Boden und Kapital gewandt. Niemand käme auf die Idee, daß eine Geige „geigt“ oder ein Fernrohr „sieht“.

**»Geld oder Kapital „arbeiten“ nicht, sie „erwirtschaften“ auch keine Rendite«**

Produktionsmitteln aber werde zur Verklärung der gesellschaftlichen Wertschöpfung eine eigenständige Leistung zugeordnet. Kapital und Boden geben zwar während des Produktionsprozesses einen Wert im Rahmen ihrer jeweiligen Nutzung ab, sie schaffen aber nur durch den Einsatz von lebendiger Arbeit einen entsprechenden Neuwert oder Mehrwert (Gewinn, Zins und Grundrente). Denn Geld oder Kapital „arbeiten“ nicht, sie „erwirtschaften“ auch keine Rendite. Vielmehr stellen diese vermeintlich selbständigen, scheinbar durch Dinge verursachten Anteile der gesellschaftlichen Wertschöpfung nur unterschiedliche Erscheinungsformen des Mehrwerts, also menschlicher Mehrarbeit, dar.

Eine ideologische Sichtweise der gesellschaftlichen Wertschöpfung qua „Produktionsfaktoren“, die neuerdings um den Faktor „Wissen“ ergänzt wird, wurde von Marx im dritten Band des Kapitals als „trinitarische Formel“ überaus bissig kommentiert:

**»Monsieur le Capital und Madame la Terre treiben als soziale Charaktere und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk«**

„Im Kapital-Profit, oder noch besser Kapital-Zins, Boden-Grundrente, Arbeit-Arbeitslohn, in dieser

ökonomischen Trinität als dem Zusammenhang der Bestandteile des Werts und des Reichtums überhaupt mit seinen Quellen ist die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse, das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionsverhältnisse mit ihrer geschichtlich-sozialen Bestimmtheit vollendet: die verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt, wo Monsieur le Capital und Madame la Terre als soziale Charaktere und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben.“

Oberflächlich betrachtet scheint es zwar so, als die unterschiedlichen konkreten Erscheinungsformen des Mehrwerts (Gewinne, Zinsen, Grundrente oder Dividenden bis zu Spekulationsgewinnen) aus unterschiedlichen ökonomischen Quellen stammen würden, aber dem ist nicht so: Sie ergeben sich letztlich alle aus einer einzigen Quelle, nämlich der Mehrarbeit leistenden Lohnarbeit.

**»Zirkulationsakte bilden keinen Wert, sie können lediglich bereits bestehende Werte umverteilen«**

Deshalb kann der gesellschaftliche Reichtum als Ganzes durch Spekulations-, Zins- oder Dividendeneinkommen auch nicht erhöht werden. Hier werden lediglich Rechtsansprüche auf einen bestimm-

ten Anteil des gesellschaftlichen Mehrwerts umverteilt, ohne dass diesem Vorgang eine reale Wertschöpfung zukommt. Aktien z. B. sind kein „Kapital“, sondern lediglich handelbare Rechtstitel auf einen bestimmten Teil des Mehrwerts. Sie besitzen daher auch keinen Wert, wenngleich ihr Verkauf das Einkommen einer einzelnen Person erhöhen kann. Dann ist aber im Gegenzug das Einkommen (mindestens) einer anderen Person um exakt den gleichen Betrag gefallen, d. h. per Saldo haben sich die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und Vermögen nicht erhöht, sondern setzen sich nun lediglich bezüglich der Verteilung ihrer einzelnen Bestandteile anders zusammen. Auch hier gilt: Zirkulationsakte bilden keinen Wert, sie können lediglich bereits bestehende Werte umverteilen.

**»gesellschaftsrechtlichen Gleichstellung von Arbeit und Kapital«**

Zusammenfassend ergibt sich hieraus eine uneingeschränkte gleichberechtigte Beteiligung und Mitsprache (Partizipation) des „Faktors“ Arbeit in den Unternehmen und Betrieben. Dies verlangt nach einer gesellschaftsrechtlichen Gleichstellung von Arbeit und Kapital. Wilhelm Hankel schreibt zu Recht: „Erst eine Gesellschaft, die die gemeinsam erarbeiteten Einkommens- und Vermögensgewinne aus Arbeit und Kapital rechtlich gleichstellt und redlich aufteilt, und dies durch ihre Gesetze besiegelt, ist eine vom Ansatz her humane und gerechte Gesellschaft.“

---

*Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup*

# Modulausbildung

## Keine sinnvolle Reform

Unternehmer und Politiker wollen Ausbildung in ‚Module‘ zerlegen und am Bedarf des Betriebs ausrichten. IG Metall sieht Vorschläge als Einsparprogramm. Ein Gespräch der Tageszeitung ‚junge-welt‘ mit Klaus Heimann, Bereichsleiter Jugend-, Bildungs- und Qualifizierungspolitik beim Vorstand der IG Metall.

*In der Regierung wird über eine Änderung des Systems der Berufsausbildung nachgedacht. Welche konkreten Vorhaben stehen im Raum?*

Es gibt eine Diskussion über die Einführung von Ausbildungsbausteinen. Das heißt, die bisher existierenden 350 Berufe würden in eine Vielzahl von Modulen zerlegt. Aus diesem Baukasten könnten die Betriebe die Tätigkeiten auswählen, die zu ihrem Bedarf passen und die sie den Jugendlichen vermitteln wollen.

*Das klingt modern ...*

Ja, es hört sich so an, ist letztlich aber reichlich altmodisch. Denn dieses Konzept bedeutet, dass man die Ausbildung auf bestimmte Arbeitsplätze hin ausrichtet und keine umfassende Bildung mehr vermittelt, die es jungen Menschen ermöglicht, sich in dieser veränderten Arbeitswelt bewegen zu können. Die Möglichkeiten, den Arbeitsplatz zu wechseln, werden eingeschränkt. Die fachliche Kompetenz wird ab-, nicht ausgebaut. Das alles heißt für die Beschäftigten, aber auch für die Industrie: weniger Qualität in der Berufsausbildung.

*Welche konkreten Konsequenzen hätte dieses System für die Auszubildenden?*

Die jungen Menschen würden nicht mehr einen kompletten Beruf erlernen, sondern nur noch

Teile davon. Das Einkommen nach der Ausbildung wäre geringer, da sie nicht mehr die Qualifikation eines Facharbeiters hätten. Letztlich ist das Ganze also nichts anderes als ein Einsparprogramm bei Löhnen und Gehältern.

*Welche Kräfte sind denn die Protagonisten dieses Systemwechsels in der Berufsausbildung?*

Die wichtigsten Unterstützer des Konzepts sind die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Gesamtmetall.

*Welche Alternativen hat die IG Metall?*

Zunächst einmal lehnen wir die Vorschläge ab, weil sie nicht mehr fachliche Qualifikation und Bildung bedeuten, sondern weniger. Das ist keine sinnvolle Reform. Statt dessen halten wir an unserem Konzept der Umlagefinanzierung fest, um mit einer Abgabe der nichtausbildungswilligen Unternehmen zusätzliche Ausbildungsplätze zu finanzieren.

*Die Befürworter der ‚Reform‘ begründen sie zum Teil auch mit der Notwendigkeit einer internationalen Angleichung der Berufsausbildung.*

Es gibt in Europa tatsächlich sehr unterschiedliche Systeme. Insbesondere in Großbritannien sind schmale Qualifikationen gang und gäbe. Die Frage ist aber: Warum sollten wir uns gerade an den schlechten Vorbildern orientieren? Mit der breiten Qualifizierung sind wir bisher gut gefahren, und das ist auch das richtige Konzept für die Zukunft – auch für Europa. Wir schlagen beispielsweise vor, europaweite Kernberufe zu definieren, für die die Kriterien überall die gleichen sind.

*Wie will die IG Metall die Verschlechterung bei der beruflichen Bildung abwehren?*

Erst einmal müssen wir über die Maßnahmen und deren Auswirkungen informieren. Zudem versuchen wir, Verbündete für die Ablehnung dieser Konzepte zu finden. Beispielsweise wendet sich das Handwerk gemeinsam mit uns strikt gegen die ‚Reform‘ der Berufsbildung. Auch die Fachverbände der IT- und Elektroindustrie halten von diesem Konzept nichts, sondern sind der Meinung, dass wir die heutigen Qualifikationen erhalten und eher noch ausbauen müssen. Wir werden diese Debatte auch ins Parlament tragen. Wir glauben, daß wir dort ebenfalls Verbündete finden können. Deshalb sind wir optimistisch, dass der Prozess noch aufgehhalten werden kann.

*Interessiert das die Jugendlichen überhaupt? Glauben Sie, dass Sie sie mit diesem Thema mobilisieren können?*

Das denke ich schon. Jeder junge Mensch weiß genau: Wenn ich nur für einen speziellen Arbeitsplatz qualifiziert werde, dann bekomme ich weniger Geld und habe geringere Berufs- und damit Lebenschancen. Kein Mensch nimmt freiwillig eine schlechte Berufsausbildung in Kauf, wenn es etwas Besseres geben kann. Insofern ist das Interesse der jungen Leute an qualifizierter Ausbildung groß – und sie werden dafür eintreten. Das haben auch die Diskussionen auf dieser Bundesjugendkonferenz gezeigt.

*Interview DANIEL BEHRUZI*

News-Beitrag erstellt am 27.1.2007  
Berufsbildung Online  
WAP im Internet:  
<http://www.igmetall-wap.de>  
© IG Metall, Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik



## Lesetipp

## Downing Street No. 10

Abgeschieden in einer völlig von der Außenwelt abgeschnittenen Welt lebt der englische Premierminister. Er weiß wenig von den Sorgen und Problemen ‚seines‘ Volkes. Um das zu verändern, möchte er die Welt einmal so erleben, wie das ‚normale‘ Volk.



Sue Townsend beschreibt diesen Weg des Premierministers zum Volk auf eine sehr lustige und eingängige Weise. Sie macht dabei deutlich, wie sehr sich die Politik von den Interessen der normalen BürgerInnen entfernt hat. Der Premierminister versteht sein Volk nicht.

Der Premier steigt in die Tiefen der englischen Wirklichkeit hinab und stößt auf sein sehr eigenartige und ihm völlig fremdes Volk, das seinen Vorstellungen in keinsten Weise entspricht.

Ein lesenswerter Roman, die witzig geschrieben ist und der auch Ähnlichkeiten mit der Situation in Deutschland aufweist. Man kann lachen und wird dabei trotzdem zum Nachdenken angeregt.

Sue Townsend  
Downing Street No. 10  
Edition Teamat  
ISBN: 3-89320-093-2  
Preis: 18,- Euro

## Lesetipp

## Die Nati – Die Geschichte der Schweizer Fussball-Nationalmannschaft

Die Fußball-Euphorie in der Schweiz ist derzeit riesengroß. Das Land qualifizierte sich für die WM-Endrunde 2006 in Deutschland und wird zwei Jahre später (gemeinsam mit Österreich) die Europameisterschaft ausrichten. Die ‚Nati‘ genannte Nationalmannschaft steht im Mittelpunkt der Begeisterung. Dieses Buch erzählt ihre 100-jährige Geschichte. Es schildert beispielsweise: warum die Nati 1924 als ‚Europameister‘ galt, wie sie 1954 bei der WM in der Schweiz nur knapp das Halbfinale verpasste, wie einst im Team der Joint kreiste und wie die Nati 2008 tatsächlich Europameister werden will.

Diese erste umfassende Darstellung von Glanz und Schatten der Schweizer Nationalmannschaft spart auch politische Fragen nicht aus. Ein für Fußballfans lohnenswertes Buch, da es einem den Fußball einmal ganz anders nahe bringt.

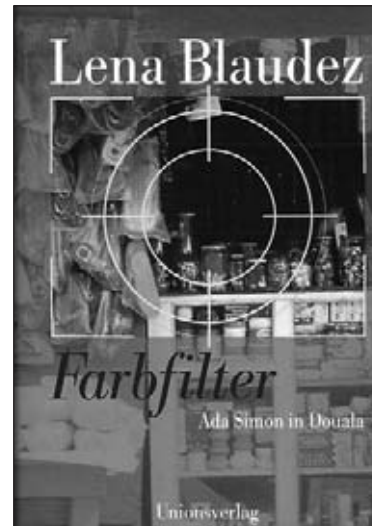


Beat Jung, (Hrsg.)  
Die Nati – Die Geschichte der Schweizer Fussball-Nationalmannschaft  
Verlag die Werkstatt  
ISBN: 3-89533-532-0  
Preis: 28,50 Euro

## Lesetipp

## Farbfilter – Ada Simon in Douala

Ada Simon wird zu einer Tagung über Tropenholz in Mecklenburg eingeladen. Hier trifft sie in einem halb verfallenen Schloss einen Men-



schen wieder, der ihr schon in Kamerun über den Weg gelaufen ist. In Kamerun wird ein polnischer Missionar tot aufgefunden. Ada wird des Mordes an ihm verdächtigt. Weil die kamerunische Polizei ihr deswegen die Ausreise verweigert, muss Ada Simon eigene Nachforschungen aufnehmen und gerät mitten in einen knallharten Kampf um Holz, Kunst und den begehrtesten Rohstoff des Handy-Zeitalters: Coltan. Es gibt weitere Morde und die Geschichte wird immer verworrener.

Dieser Kriminalroman zeigt, wie der Reichtum Afrikas ausgenutzt wird und welche Mittel sich die Konzerne bedienen, um das Image eines ökologischen An- und Abbaus von Rohstoffen zu erreichen.

Lena Blaudez zeigt sich als gute Kennerin der afrikanischen Gesellschaft und der Wirtschaftsstrukturen. Ein spannender und sehr lesenswerter Roman.

Lena Blaudez  
Farbfilter – Ada Simon in Douala  
Unionssverlag; Zürich 2006  
ISBN-10: 3293003575  
ISBN-13: 978-3293003576  
Preis: 19,90 Euro



